



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-4

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-4

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

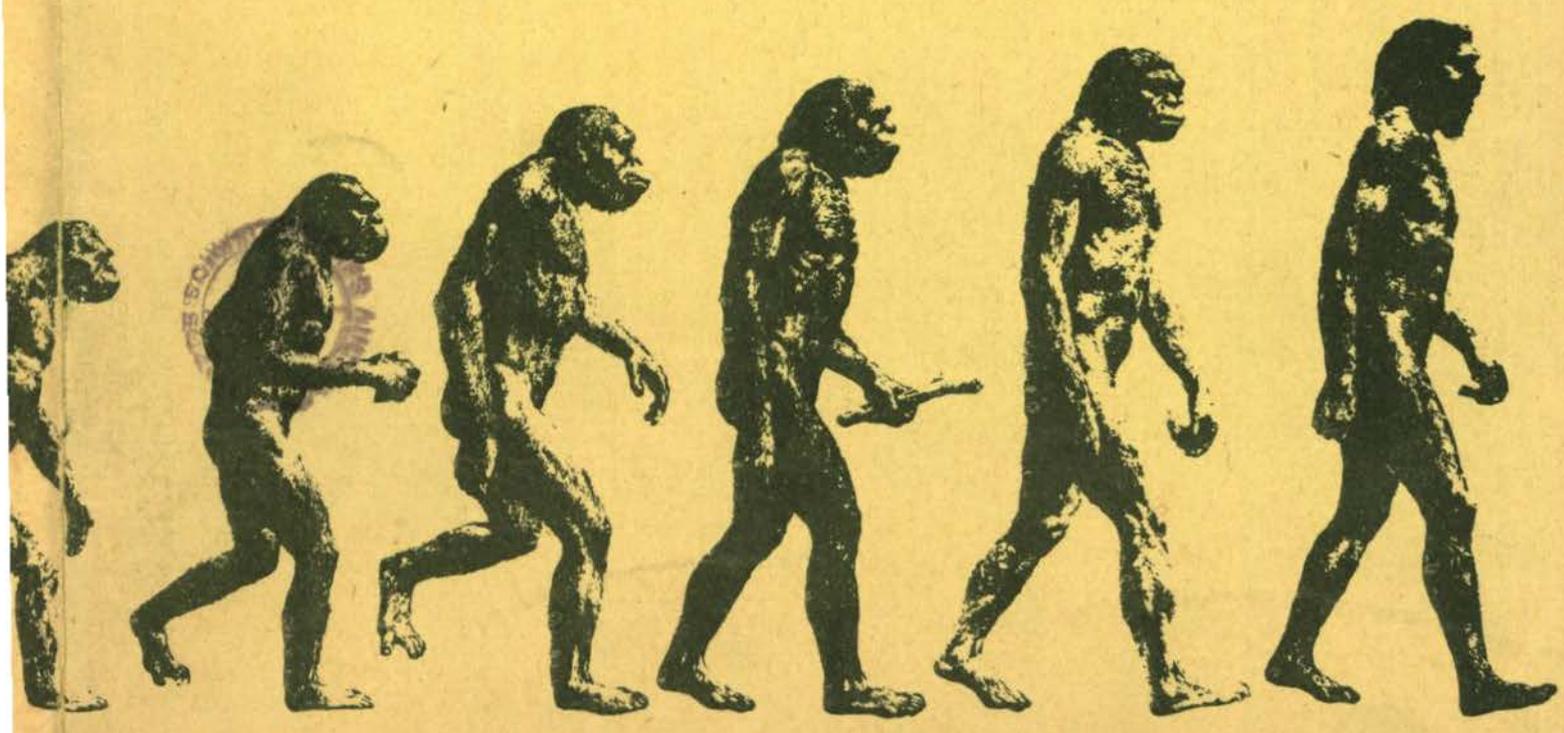
335 41c = 4

DIE BERNER LINKE AUF DEM WEG ZUR REVOLUTIONÄREN PARTEI

Katalogisiert

335
41c - 4-

Schweizerisches
Sozialarchiv



Vorbemerkung

Der Mangel an politischen Linien wirkt sich auf die Arbeit der Berner Linken immer hemmender aus. Deshalb steht gegenwärtig die Entstehung von politischen Gruppen in Bern auf der Tagesordnung. Um die Probleme dieser Situation zu klären, haben sich einige Genossen aus verschiedenen Basisgruppen zusammengeschlossen. Im Folgenden stellen sie ein erstes Ergebnis dieser Arbeit zur Diskussion. Anhand von Erfahrungen der Berner Linken wird in diesem Papier das Verhältnis von Basisgruppen und politischen Gruppen untersucht.

Bern, 3. Juni 1972

Inhalt

1. DIE ENTWICKLUNG DER RSB

1.1 Entstehung

1.2 Zerfall

2. DIE ENTWICKLUNG DER BASISGRUPPEN

2.1 Die Lehrlingsgruppe

2.2 Die Barackengruppe

2.3 Die Fabrikgruppen

2.3.1 Meinen

2.3.2 Hasler

2.3.3 Gfeller

2.3.4 Hallwag

2.4 Bemerkungen zu antiimperialistischen Gruppen

2.5 Universität

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN

ANHANG: CHRONOLOGIE

1. Die Entwicklung der RSB

1.1 Entstehung

Der französische Mai 1968 war der Höhepunkt der Studentenbewegung. Sie löste eine revolutionäre Massenbewegung links von den traditionellen Arbeiterorganisationen (CGT, KPF) aus; 15 Millionen Arbeiter traten in Streik, die Staatsgewalt funktionierte einen Augenblick lang nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch des Mai stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung als ganz konkrete, praktische Frage für die Gruppen der neuen Linken. Und zudem stellte sie sich als Frage der Organisation: bisher hatte man vor allem auf die Spontaneität der Massen vertraut und hatte Avantgardeorganisationen meist abgelehnt. Jetzt tauchte der Gedanke wieder auf, dass der Mai gescheitert sei, weil eine revolutionäre Avantgardeorganisation, weil die revolutionäre Partei fehlte, dass darum eine revolutionäre Arbeiterbewegung eine langfristige organisatorische Arbeit benötige und nicht einfach spontaneistische Aktionen.

In Frankreich traten nun die Trotz-kisten (besonders die "Ligue" mit der Zeitung "Rouge") und die Mao-isten (besonders die "Gauche Pro-létarienne" mit der Zeitung "La Cause du Peuple") in den Vorder-grund. In Deutschland wurde der SDS, die Organisation der sozialis-tischen Studenten, aufgelöst. Es be-gannen die Diskussionen über Orga-nisationsprobleme, die kommunistische Partei (DKP) gewann an Ein-fluss, es entstanden verschiedene

Gruppen, die eine revolutionäre Partei aufbauen wollten (so die Pe-king orientierten Marxisten-Leni-nisten von der KPD-ML, die KPD-Aufbauorganisation und andere).

In der Schweiz hatte die Zürcher Bewegung für ein autonomes Ju-gendzentrum im Sommer '68 zum "Globuskrawall" geführt und war anschliessend zusammengebrochen. Dadurch wurden die Probleme des Mai noch verdeutlicht. Auch in der Schweiz traten nun politische Orga-nisationen, die zum Teil schon frü-her bestanden, in den Vordergrund (Vor allem im Welschland die Pe-king orientierte OKS-ML mit der Zeitung Oktober, die trozkistische LMR mit der Zeitung Brèche, das Mouvement Socialiste Révolution-naire in Fribourg und Genf, im Tes-sin das MGP, dessen Mitglieder sich über die Schweiz verteilten, in Basel die POB, die sich relativ stark an den traditionellen kommunistischen Parteien orientierte, in Zürich der Gruppo Autonome (mit dem MGP verwandt und die RAZ und andere).

In Bern bestand seit 1966 mit dem forum politicum (fp) eine Organi-sation, die im Sinne der internati-onalen Studentenbewegung an der Universität und in der Stadt provo-kative Aktionen und Aufklärungsver-anstaltungen durchführte. Im Som-mer '68 wurde z. B. eine Vietnam-demonstration mit ca. 500 Leuten organisiert. Anfänglich genügten dem fp als Organisation das Ple-num, ein Präsident und ein Sekre-tär. Im März '68 wurde dann



neben dem Plenum eine Reihe von Arbeitsgruppen gebildet. Im Herbst erklärte man diese Arbeitsgruppen für autonom; um in ihnen mitzuarbeiten, brauchte man nicht fp-Mitglied zu sein. Im Laufe des Winters vollzog sich aber ein Umschichtungsprozess, in dem aus verschiedenen Arbeitsgruppen neue Gruppen mit unterschiedlicher politischer Tendenz entstanden. Aus einer von diesen bildete sich im März 1969 die RSB, Revolutionäre Sozialistische Bewegung. In ihrem "Politische Dokumente No 1" schrieb sie von sich selbst: "Das fp ist also in eine Krise geraten. Es hat sich vor allem eine Gruppe von fp-Mitgliedern gebildet, die sich entschieden von den inneruniversitären Problemen und Problemchen lösen und vor allem den Problemen der Lehrlinge, Arbeiter und Fremdarbeiter zuwenden will. Wir glauben dazu eine gute Organisation aufstellen zu müssen."

Um die Einheit der neuen Linken zu retten, wurde das forum in einen Dachverband verwandelt, der neben der RSB die eher antiautoritär gesinnte Basisgruppe Universität, die jungen Sozialdemokraten und einige weitere Gruppen umfasste. (Eine von diesen unternahm an Pfingsten den missglückten Versuch, an einem Pfingstlager von berner Jugendlichen in Salavaux einzugreifen.) In der nächsten Zeit zerfiel das fp jedoch zusehends.

Im April wollte die griechische Botschaft im Hotel Schweizerhof das Jubiläum des Putsches feiern. Die Griechenlanddemonstration vor dem Schweizerhof war die bisher grösste Aktion der berner Linken: rund 3000 Demonstranten, z. T. aus anderen Städten gekommen, standen einem massiven Polizeieinsatz mit

Tränengas und Stacheldraht gegenüber. Die linken Gruppen Berns hatten bei der Organisation vollständig versagt, man rechnete mit vielleicht 150 Leuten, ohne die Arbeit von auswärtigen Genossen wäre die Aktion kaum zustande gekommen. (Kurz danach wurde in Bern eine Demonstration gegen polizeiliche und militärische Unterdrückung organisiert, an der ca. 400 Leute teilnahmen.)

Ende Monat rief die RSB zu einem "kämpferischen 1. Mai" auf, doch der 1. Maiumzug bewegte sich im gewohnten gewerkschaftlichen Rahmen.

Nach dem 1. Mai begann die RSB durch eine systematische Agitation an der Gewerbeschule eine Lehrlingsgruppe aufzubauen. Dazu wurde eine Reihe sogenannter "Politische Dokumente" verteilt. An der Universität war die RSB nicht aktiv.

Vor allem unter Tessinern wurde damals viel über die Fremdarbeiter diskutiert. Nach der Analyse des MGP musste sich in der Schweiz eine revolutionäre Strategie vor allem an ihnen orientieren. Dadurch sei eine offensive Antwort auf die Schwarzenbach-Bewegung möglich.

1969 brachte in Italien den "heissen Herbst": wilde Streiks, Fabrikbesetzungen usw. zeigten die ungeheure Kampfbereitschaft der italienischen Arbeiterklasse.

Schon im Frühling hatte sich in Bern unter tessiner Studenten ein "comitato per l'emigrazione" (CE) gebildet, das unter den Saisoniers in den Baracken agitierte. Im Herbst '69 traten einige Mitglieder des CE in die RSB ein. Diese arbeitete nun mit der Lehrlings- und der "Barackengruppe" (dem CE) unter Lehrlingen und Fremdarbeitern.

Im Frühling '70 kam es bei der Murer SA, einer Baufirma bei Genf, zu einem wilden Streik. Die Leute um die Barackengruppe der RSB organisierten eine Flugblattaktion in der Stadt und vor den Betrieben.

Kurz danach wurde neben der Barackengruppe eine Fabrikgruppe gegründet, in der RSB-Mitglieder und andere - vor allem Studenten - arbeiteten. Man teilte sich in Untergruppen auf und begann, Informationen über Berner Betriebe zu sammeln.

Am 1. Mai marschierte das fp mit den Gewerkschaften. Die RSB verteilte ein programmatisches Flugblatt mit der Parole: "brecht den Arbeitsfrieden!"

Anfangs Sommer wurde bei einer Tessiner Fabrik des Bally-Konzerns in Stabio wild gestreikt. In Bern wurde vor den Fabriken mit Erfolg Geld gesammelt, ebenso in der Stadt (insbesondere vor Bally-Läden, wo kleine Gruppen mit Transparenten, Flugblättern usw. agitieren). Als an der Universität eine Geldsammlung verboten wurde, kam es zu einer grossangelegten und erfolgreichen Aktion gegen die Repression. Das erste Mal wurde die Arbeit an der Uni unmittelbar mit den Kämpfen ausserhalb verbunden.

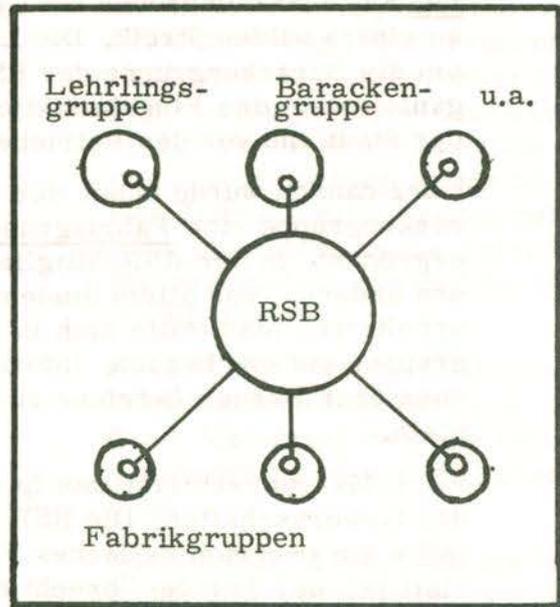
Als kurz danach in Stansstad 39 Spanier aus politischen Gründen ausgewiesen wurden, wurde die Agitation unter Fabrikarbeitern fortgesetzt, einige Genossen gingen zu einer Aktion nach Stansstad.

Schliesslich gelang es der Barackengruppe in Kehrsatz mit einigen Saisoniers, die ein Arbeiter gruppiert hatte, Forderungen über Mietzins u. a. durchzusetzen. Dabei konnte die Gewerkschaft eingesetzt werden, ohne dass der Kampf von ihr kontrolliert wurde. Auch kam es in

weiteren Baracken zu Versammlungen über diese Ereignisse.

Im Sommer '70 hatten sich also mit der Lehrlingsgruppe, der Barackengruppe und den Fabrikgruppen verschiedene Basisgruppen gebildet, in denen RSB-Kader arbeiteten. Unter einer Basisgruppe verstehen wir zunächst eine Gruppe, die durch ein Projekt definiert ist. Z. B: die Lehrlingsgruppe ist die Gruppe, die an der Gewerbeschule agitiert, die Haslergruppe ist die, die in der Hasler eingreift. Demgegenüber besteht eine politische Gruppe aus Leuten, die vielleicht an verschiedenen Projekten arbeiten, aber durch die Arbeit an einer politischen Linie vereint sind. (Bei ihrer Entstehung kann eine Gruppe durchaus beides sein: sie trägt dann den noch unentwickelten Widerspruch von Organisation der Basisarbeit und Entwicklung einer politischen Linie in sich. Auf den Widerspruch von politischer Linie und Theorie gehen wir hier nicht ein.)

Die objektive Bedeutung der RSB in dieser Phase kann man etwa mit folgendem Satz darstellen: "Man muss die Proletarier organisieren, und zwar in einer neu zu schaffenden revolutionären Arbeiterorganisation". Gegenüber den Studenten bedeutete das: weg von der Uni mit der politischen Arbeit. Gegenüber der neuen Linken der letzten Jahre: weg von spontaneistischen Aktionen, wir brauchen langfristige Erfolge, und das heisst: geduldige Organisationsarbeit. Gegenüber den Lehrlingen, Arbeitern, Fremdarbeitern: organisiert euch, aber nicht einfach in Gewerkschaften usw., sondern in neu zu schaffenden Organisationen, den Lehrlings-, Baracken-, Fabrikgruppen u. ä. Im Sommer '70 waren diese Gruppen entstanden, und in jeder war die RSB vertreten:



Aus der ursprünglichen RSB hatte sich also der Widerspruch von Basisgruppen und politischer Gruppe entwickelt. Damit die RSB für die Basisgruppen etwas bedeutete, musste sie nun mehr zu sagen haben als: man muss Lehrlingsgruppen usw. bilden, denn das war unterdessen klar. Es musste nun geklärt werden, welche Aufgaben die Basisgruppen hatten und welche die politische Gruppe.

Damit begann die zweite Phase der RSB, in der der Widerspruch von Basisgruppen und politischen Gruppen gelöst werden musste. Wenn im folgenden dieser Widerspruch hervorgehoben wird, so heisst das nicht, dass es nur diesen gab. Es heisst nur, dass es der Hauptwiderspruch dieser Phase war. (Daneben gab es z. B. den Widerspruch zwischen privatem Leben und politischer Tätigkeit, zwischen Lehrlingen und Studenten, zwischen syndikalistischem und politischem Kampf, zwischen Spontaneität und Organisation und viele andere.)

1.2 Zerfall

Ende '70 kam es wegen des Prozesses gegen baskische Separatisten in Burgos zu einer grossen Demonstration in Bern. Tausende von Leuten, vor allem Spanier, lieferten der Polizei Strassenschlachten. Die spanischen Organisationen, die die Demonstration leiteten, verloren die Kontrolle, die Polizei musste ein "Abkommen" akzeptieren, wonach sie kein Tränengas, die Demonstranten keine Steine mehr einsetzten. Die verschiedenen linken Gruppen Berns, auch die RSB, waren unfähig, diese Erfahrung in ihre Arbeit einzubeziehen. Ähnliches gilt für die Gründung der Autonomen Republik Bunker in Zürich, das Erbe der Globuskrawalle.

Zu der Zeit war die RSB geprägt durch Diskussionen über die Organisationsfrage, in denen sich der Widerspruch Basisgruppen - Politische Gruppen spiegelte. Dabei kristallisierten sich zwei verschiedene Linien heraus, die sich auch in der Organisationsfrage ausdrückten.

Die eine wurde vor allem von Tesinern vertreten, die sich am MGP und an italienischen Gruppen orientierten. Nach ihren Organisationsvorstellungen sollten die Lehrlings-, Baracken- und Fabrikgruppen Arbeitsgruppen der RSB sein. Diese "müssen aus RSB-Militanten bestehen und eine einheitliche revolutionäre Linie in der ganzen Agitation vertreten ... es soll nicht mehr geschehen, dass die Lehrlingsgruppe ein Politisches Dokument herausgibt, das einen sozialdemokratischen Artikel enthält ... Politische Kontrolle bedeutet auch, dass das Politbüro jede Gruppe zwingen kann, diese politische Linie zu vollziehen."

Damit wird aber die Basisgruppe ein Anhängsel oder ein Teil der politischen Gruppe: Anstatt dass man sich in der Basisgruppe auf eine Praxis einigt, durch welche politische Linien erprobt und entwickelt werden können, soll man sich zuerst auf eine politische Linie einigen: Die Basisgruppe soll gleich zu Beginn eine politische Gruppe werden. Die Erfahrung zeigt, dass dieser Versuch immer wieder scheitert. Oft zerbricht die Gruppe, bevor sie mit der praktischen Arbeit beginnt, oder sie wird sektiererisch und ihre Arbeit steril, im besten Fall entwickelt sie sich weiter, bis der Widerspruch Basisarbeit - Politische Linie soweit entwickelt ist, dass doch eine Trennung von Basisgruppe und politischer Gruppe entsteht.

Die zweite Linie orientierte sich mehr an traditionellen kommunistischen Organisationen. Ihr Vorschlag entspricht der Graphik unter 1.1. Dabei wurde erstens übersehen, dass in der gegenwärtigen Situation keine politische Gruppe im Ernst einen Monopolanspruch behaupten kann, dass es also neben der RSB auch noch andere Gruppen geben würde. Dementsprechend wird das Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen nicht geklärt. Zweitens wird das Verhältnis von politischer Gruppe und Basisgruppe wie folgt bestimmt: "Darum arbeiten in diesen Gruppen RSB-Mitglieder aktiv mit ... als gleichwertige, sich in die Gruppe einordnende Mitglieder dieser Basisgruppen, die dort die politische Linie der RSB vertreten und durchzusetzen versuchen. So übt die RSB durch ihre Mitglieder einen gewissen politischen Einfluss auf diese Gruppen aus, aber die (mehr formale) Autonomie der Gruppen muss respektiert werden." Wiederum wird der Widerspruch Basisgruppe - Politische Gruppe nicht richtig entwikk-

kelt, sondern dadurch beseitigt, dass man nur eine Seite - die politische Gruppe - berücksichtigt: die Basisgruppe wird vergewaltigt.

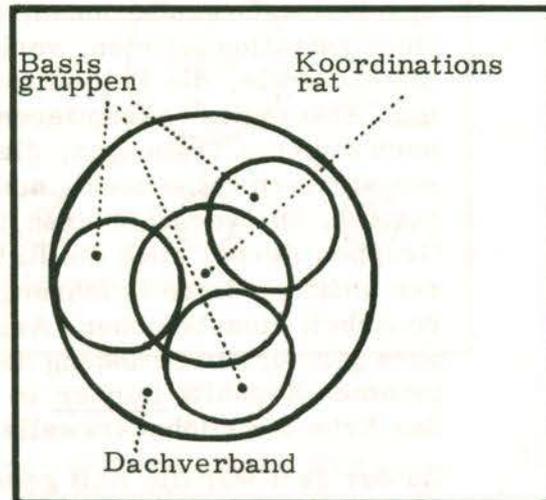
Unter diesen Umständen konnte weder eine Synthese der beiden Linien noch eine Spaltung die Krise der RSB lösen. Z. B. hatten die zwei Gruppen verschiedene Auffassungen über den Kampf an der Universität. Aber solche Unterschiede kamen gar nicht zum Zug, weil nicht geklärt war, wie die politische Linie in die Praxis umgesetzt wird. Der Widerspruch zwischen zwei politischen Linien in der RSB konnte gar nicht praktische Bedeutung gewinnen, solange der Widerspruch von politischer und Basisgruppe ungelöst blieb.

Was die RSB hätte tun müssen, war: Die Probleme der Basisgruppen aufnehmen und auf eine allgemeine Ebene heben. Das heisst, die Probleme eines Sektors - z. B. der Uni, oder einer Fabrik - so zu formulieren, dass sie alle Sektoren angeht, bei den Problemen einer Gruppe das hervorheben, was alle Gruppen betrifft. Die allgemeine Antwort auf diese Probleme wäre dann die politische Linie der RSB gewesen. Dass das von den Basisgruppen aus möglich und notwendig gewesen wäre, zeigen der Barackenbericht, der Meinenbericht, die versuchten Diskussionen über die Streiks in Genf, das Problem Lehrlinge- Arbeiter u. a.

Aber selbst in diesem Fall wären die RSB-Kader wahrscheinlich in die Basisgruppen gegangen, um sie zu kontrollieren, um Einigkeit über die politische Linie zu erreichen statt über ein konkretes Projekt, und dann in der Praxis die politische Linie zu erproben.

Die RSB wollte eben doch eine Art Dachverband der Basisgruppen sein. Und genau wie das forum wurde sie

es, als sich die Basisgruppen verselbständigten; man gründete einen Koordinationsrat, der bald zugrunde ging, weil die einzelnen Gruppen ebensogut ohne ihn arbeiten konnten. Er sollte eine Einheit der Linken herstellen, die es noch nicht geben kann, weil die gegenwärtige Praxis viel zu zersplittert ist.



Die RSB starb nicht an mangelnder Einheit in der politischen Linie, Widersprüche hätten sie auch vorwärts-treiben können. Dies war aber nicht der Fall, weil das Verhältnis von politischer Linie zur Arbeit in den Basisgruppen ungelöst blieb.

Sie starb auch - sowenig wie das forum - nicht einfach an der "Unfähigkeit, neue Mitglieder zu integrieren". Vielmehr war diese Unfähigkeit nur ein Symptom. Die Ausweitung ihrer Praxis entwickelte den Widerspruch Basisgruppe - Politische Gruppe; und weil man nicht fähig war, diesen zu lösen, war man nicht fähig, "neue zu integrieren".

Die RSB scheiterte, weil sie ihre Rolle als politische Gruppe gegenüber Basisgruppen nicht erfüllte. Was übrig blieb, waren die verschiedenen Basisgruppen, die durch ihre jeweiligen Projekte zusammengehalten wurden.

2. Die Entwicklung der Basisgruppen

2.1 Die Lehrlingsgruppe

A. DIE LEHRLINGSGRUPPE

DER R S B

Nachdem das Forum 1969 ein 1. Mai-Flugblatt an der Gewerbeschule verteilt hatte, reagierten einige Lehrlinge der Lehrwerkstätte mit einem Gegenflugblatt. Als Antwort darauf verteilte die "Lehrlingsgruppe RSB" im Sommer 69 das erste "Politische Dokument", das auf die allgemeine Lage der Lehrlinge (billige Arbeitskräfte), auf die Klassenausbildung, das Wesen des Staates etc. einging.

Die Lehrlingsgruppe bestand zu diesem Zeitpunkt aus Studenten und Lehrlingen, die alle Forum-Mitglieder waren. Durch die "Politischen Dokumente" (Themen: Fremdarbeiter, Imperialismus etc.), eine Fragebogenaktion sowie öffentliche Versammlungen, gelang es, einige Lehrlinge zu organisieren. Einen breiteren Einfluss unter den Lehrlingen gewann aber die RSB nie, da es ihr nicht gelang, die Lehrlinge auf ihre konkreten Bedürfnisse und Probleme anzusprechen.

Im Spätsommer erschien das letzte "Politische Dokument" (Nr. 5) mit dem Artikel "RSB - was wir sind und was wir wollen", der von ver-

schiedenen Seiten heftig kritisiert wurde. Der Artikel wollte die RSB vorstellen und erklären, was Sozialismus ist und wie er erreicht wird. Die Beziehung zwischen Basisgruppe und politischer Gruppe wurde darin folgendermassen definiert: "Obschon wir - die Lehrlingsgruppe - zwar organisatorisch eine selbständige Gruppe sind, sind wir politisch vollständiger Teil der RSB." Das lief in der Praxis darauf hinaus, alle Mitglieder der Lehrlingsgruppe (auch die neu kontaktierten Lehrlinge) in die RSB zu integrieren. Das hatte zur Folge, dass diese Lehrlinge in "theoretische" Diskussionen über politische Fragen hineingezogen wurden, die für sie frustrierend waren, da sie nicht ihrem Bedürfnis (Bewusstsein) entsprachen. Im Internen Bulletin Nr. 3 versuchte ein Genosse die Aufgaben einer Basisgruppe und einer politischen Gruppe auseinanderzuhalten, die Rolle der RSB-Mitglieder in beiden zu bestimmen, den Unterschied zwischen einem Agitationsblatt der Basisgruppe und einem Organ für die theoretische Diskussion innerhalb der politischen Gruppe zu klären. Diese Fragestellung fand in der RSB kein Echo, ein korrektes Verhältnis zwischen den Basisgruppen und der politischen Gruppe konnte nicht hergestellt werden.

B. AUFLÖSUNGSPHASE DER RSB

a) Die Entwicklung der Autonomie der Lehrlingsgruppe

In der Folge verselbständigte sich die LG immer mehr. Die RSB konnte ihre Rolle in Bezug auf die Basisgruppen nicht klären, sie erfüllte ihre Funktion als politische Organisation gegenüber den Basisgruppen nicht, verlor daher die Verbindung zu ihnen und wurde folglich für sie sinnlos.

Im Spätherbs 1970 wurde mit der Ferienaktion (6 Wochen Ferien für Lehrlinge) erstmals versucht, die konkreten Bedürfnisse der Lehrlinge aufzugreifen. In dieser Aktion (sie wurde auf nationaler Ebene konzipiert) spielte die RSB als politische Organisation bereits keine Rolle mehr. Das hatte zur Folge, dass die Diskussion über den politischen Stellenwert dieser Aktion ausschliesslich innerhalb der LG geführt wurde. Man wurde sich nicht einig, vor allem was den Aspekt der Spaltung der Arbeiterklasse anbelangt (Soll man nur für Lehrlinge mehr Ferien fordern?). Hatte man schon innerhalb der Gruppe keine gemeinsame Linie erarbeiten können, so wurde die von der LG einberufene nationale Konferenz der wichtigsten Lehrlingsgruppen vollends zum Debakel: nach wirren Diskussionen trennte man sich ergebnislos, die Aktion fiel ins Wasser. In der Folge verliessen einige Studenten die Gruppe.

b) Der Widerspruch politische Gruppe / Basisgruppe innerhalb der LG

Ein Merkmal dieses Widerspruchs war im Winter 1970 die Existenz von zwei Auffassungen, die sich in der LG gegenüberstanden: auf der einen Seite der Versuch, eine strukturierte Kadergruppe zu schaffen. (Das war in etwa die Auffassung der wenigen in der Gruppe verbliebenen Studenten.) Auf der anderen Seite (Lehrlinge) der Wille, endlich von den frustrierenden theoretischen Diskussionen loszukommen und "praktische Arbeit an der Basis" zu leisten mit dem Ziel, einen möglichst grossen Teil der Lehrlinge zu organisieren, also möglichst schnell möglichst viele Mitglieder zu gewinnen. Das war so ziemlich alles, was an dieser zweiten Auffassung klar war. Weil es aber die Auffassung der Lehrlinge war, wurde sie für die weitere Arbeit der Gruppe die bestimmende. Eine Folge davon war, dass die Studenten weiter an Einfluss verloren und allmählich abwanderten, womit auch besagter Widerspruch vorübergehend verschwand. (Objektiv war er aber nicht gelöst, sodass er sich weiterentwickeln und früher oder später wieder sichtbar werden musste.)

Die Tatsache, dass Diskussionen über die politische Linie weitgehend aus der Gruppe verdrängt wurden, ermöglichte das Fortbestehen der Gruppe. Dass dies darum richtig war, weil die Lehrlingsgruppe eine Basisgruppe war, wurde jedoch nicht klar erkannt: Der Widerspruch Basisgruppe / politische Gruppe wurde durch den Widerspruch Lehrlinge / Studenten verdeckt.

C. PHASE DES AKTIONISMUS

(Zum Widerspruch politische Gruppe / Basisgruppe innerhalb der LG)

a) Der Widerspruch ist unentwickelt, nicht relevant

Einen entscheidenden Einfluss auf die Frage, wie die Basis zu erweitern wäre, hatte die Hydra Basel (Aktion Radioelektriker, Winter 70/71): Anhand von Misständen in einzelnen Lehrverhältnissen (schlechte Ausbildung, Schikanen, Uebertretung von Lehrvertragsbestimmungen) wurde von der Hydra eine systematische Agitation unter den Lehrlingen (Gewerbeschule, Beizen) betrieben.

Im Februar 71 wurde dieses "Rezept" im "Fall Eymann" erstmals angewandt. Das war der Beginn des Aktionismus, der darin bestand, sein Vorgehen von Mal zu Mal zu planen und nur darauf zu achten, dass "etwas" läuft, dass die Mitglieder etwas zu tun haben, dass von der Gruppe gesprochen wird. Sowohl die Agitation als auch die daraus folgenden Aktionen (Versammlungen mit ansehnlichen Teilnehmerzahlen) wurden als Selbstzweck aufgefasst und nach aussen vermittelt. Man war unfähig, sie in einen Gesamtzusammenhang zu stellen, weil man keine politische Perspektive hatte (diese Frage tauchte erst später auf).

Diese Aktionen waren Modellfälle: an ihnen wurde das Versagen der Behörden (Lehrlingskommissionen, Berufsbildungsamt) und der Gewerkschaften aufgezeigt und die Notwendigkeit einer autonomen Lehrlingsorganisation erklärt. Das Vertrauen der Basis in

die Organisation sollte geweckt werden: "Allein ist jeder machtlos, zusammen sind wir stark." Mit diesem Vorgehen konnte ein relativ grosser Teil der Lehrlinge angesprochen werden: die Gruppe vergrösserte sich.

Im Juni 71 intervenierte die LG anlässlich der "HIT FAIR" (auf Jugendliche ausgerichtete Verkaufsmesse): neben Flugblatt-, Schmier- und Stinkaktionen wurde zusammen mit Bunker- und Hydraleuten eine Diskussion über Berufsbildungsprobleme (u. a. mit Gewerkschaftern) gesprengt, was vom Grossteil des Publikums (viele Lehrlinge) nicht verstanden wurde.

Nach der "HIT FAIR" erfolgte die Namensänderung der LG in "Hydra". Der Zusammenschluss mit der Hydra erfolgte (nachdem einige Genossen 2-3mal nach Basel gefahren waren, u. a. zur Demonstration der Hydra mit etwa 1000 Jugendlichen) aus-schliesslich aufgrund der gemeinsamen Praxis (von einer eigentlichen politischen Linie konnte man in der Hydra nicht reden).

b) Der Widerspruch entwickelt sich

In der Folge entwickelte sich der Widerspruch politische Gruppe / Basisgruppe und wurde vorerst sichtbar als Widerspruch zwischen Theorie und Praxis: einerseits das Bedürfnis einiger Genossen, weitere Zusammenhänge zu begreifen, eine politische Perspektive in der Arbeit der Gruppe zu sehen -- andererseits die theoriefeindliche und antiintellektualistische Haltung (als Reaktion auf die frustrierenden RSB-Diskussionen) und die undialektische Auffassung der führenden Genossen vom "Lernen in der Praxis".

So wurde von diesen Genossen die politische Diskussion unterdrückt, mit dem Argument, sie sei nicht wichtig, weil sie nicht dem Bedürfnis aller Gruppenmitglieder entspreche. Das zeigt den (damals noch nicht erkannten) Widerspruch politische Gruppe / Basisgruppe: einerseits entwickelt sich die Notwendigkeit der politischen Diskussion, die Frage nach der politischen Linie taucht auf; andererseits wird richtig gesehen, dass man diese Diskussion nicht innerhalb der ganzen Gruppe führen kann. Dann wird aber der falsche Schluss gezogen, man müsse sie überhaupt nicht führen.

c) Auswirkungen des Lehrlingslagers: Der Widerspruch wird verdeckt

Der Widerspruch wurde in der Folge verdeckt durch das sechswöchige Lehrlingslager während der Sommerferien (internationales Lehrlingscamp in Courgenay, organisiert durch die Hydra Basel/Zürich und Spartakus Wien) und dessen Auswirkungen. Das Erlebnis der Solidarität (fast alle Berner Hydranten waren wenigstens ein paar Tage im Lager) und die erstmalige Schulung (speziell Faschismus und Schwarzenbach) hatten eine grosse Aktivität sämtlicher Mitglieder zur Folge: Im "Fall Schlumpf" (Hochbauzeichner) gelang es erstmals, eine Forderung (Bezahlung einer Konventionalstrafe durch den Patron) direkt, d. h. ohne Lehrlingskommission durchzusetzen.

Ein wichtiges Ergebnis des Lagers war auch die "Gruppeneinheitsideologie". Sie bedeutete, dass alle Gruppenmitglieder fähig seien, gemeinsam Flugblätter und Artikel zu verfassen und dass sämtliche auftauchenden Probleme innerhalb der ganzen Gruppe diskutiert und gelöst werden könnten, dass alle gleich seien, dass es keine führenden Genossen, "Chefideologen" etc. gebe. Das war nichts anderes als eine

Verschleierung der Tatsache, dass wichtige Entscheide immer noch von denselben Genossen abhingen.

Eine andere Komponente der Agitation wurde (neben der erfolgreichen Propagierung des ökonomischen Selbstschutzes) ebenfalls als Folge des Lehrlingslagers die Propagierung der Wohngemeinschaft als Alternative des Zusammenlebens. (Als Modell sollte der Mauerrain 8 dienen; er erhielt eine wichtige Funktion als Zentrum der Hydra.)

Ein anderer Aspekt dieser Phase war das Anwachsen der Gruppe (30 - 40 Leute, die regelmässig im Mauerrain verkehrten). Viele kamen in erster Linie zur Gruppe, um ihre persönlichen Bedürfnisse zu befriedigen und persönliche Probleme zu lösen. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Schlumpf-Falles bewegten sich die meisten Diskussionen in der Gruppe um Probleme des Zusammenlebens. Reich wurde zum Bestseller. Durch die häufige (zum Teil forcierte) Diskussion von persönlichen Problemen wurden bei neuen Leuten unterdrückte psychische Spannungen aufgerissen, die dann nicht bewältigt werden konnten. Es gelang nicht, das Bedürfnis nach individueller Emanzipation mit der politischen Arbeit zu verbinden. Die Folge war, dass einige Leute wieder abwanderten.

d) Der Widerspruch wirkt sich aus

In diese Phase fällt auch die Aktion "Gastgewerbe". Die Vorbereitung des Bulletins, das die Situation im Gastgewerbe (im besonderen der Kellnerlehrlinge im "Bellevue" und "Schweizerhof") untersuchen sollte, zog sich über beinahe ein halbes Jahr hin (seit der HIT-FAIR). Man wollte diesmal die konkreten Fälle in einen Gesamtzusammenhang stellen (Jugendschutzbestimmungen, individueller Lehrver-

trag/Gesamtarbeitsvertrag ... Rolle der Gewerkschaften, Fremdarbeiter, Schwarzenbach, Gauerhotels in Griechenland ... Faschismus, Imperialismus) und entsprechende, weitergehende Forderungen aufstellen. Das war nichts anderes als die Frage nach einer politischen Linie und führte zu endlosen, wirren und frustrierenden Diskussionen innerhalb der ganzen Gruppe, ohne dass man zu einem Ergebnis kam.

Die Arbeit der Gruppe stagnierte im Herbst 71. Kontakte wurden vernachlässigt, die Zahl der Aktivisten verminderte sich (nicht nur neuere Leute, sondern auch Genossen, die schon längere Zeit dabei gewesen waren, zogen sich allmählich zurück). Ein anderer Ausdruck dieser Krise war das Gastgewerbebulletin: liederlich, voller Fehler, unrichtige Angaben, miese Gestaltung, zusammenhangslos. Es wurde darin kaum eine der aufgeworfenen Fragen (siehe oben) beantwortet. (Minutiöse Falldarstellung und am Schluss einige zusammenhangslose ultralinke Phrasen). Die Agitation war entsprechend: praktisch keine Reaktion unter den Lehrlingen. Das Ziel, vor allem die Lehrlinge des Gastgewerbes anzusprechen, wurde nicht erreicht (ein Genosse weigerte sich sogar, das Bulletin zu verkaufen, andere taten es nur sehr widerwillig).

Diese Tatbestände - Abwanderung einiger Leute, Stagnation der Arbeit - waren unter anderem die Auswirkungen des Widerspruchs politische Gruppe/Basisgruppe: Die Notwendigkeit einer Perspektive, einer politischen Linie, zeigte sich einem Teil der Gruppe, den am meisten politisierten Leuten. Das führte zu den erwähnten Diskussionen innerhalb der ganzen Gruppe, die nichts fruchteten. Die weniger politisierten Leute, für

welche die Notwendigkeit solcher Diskussionen noch nicht bestand, wurden frustriert und erschienen zum Teil bald nicht mehr. Bei den stärker politisierten Leuten löste die Ergebnislosigkeit dieser Diskussion zwei verschiedene Reaktionsweisen aus:

- Resignation, Abkehr von der Gruppe (wobei natürlich noch andere Ursachen eine Rolle spielten: persönliche Schwierigkeiten, Beziehungen zu anderen Gruppenmitgliedern) auf der einen Seite,
- Einsicht in die Notwendigkeit, solche politischen Diskussionen zu führen, aber nicht mehr in der ganzen Gruppe, auf der anderen Seite.

e) Versuch einer Lösung des Widerspruchs

Diese Genossen trafen sich vorerst regelmässig an "Kadersitzungen". Die Auffassung war damals, dass dieses Kader eine politische Linie erarbeiten und damit die Praxis weitertreiben könne. Es zeigte sich aber, dass diese Aufgabe von diesem Kader nicht gelöst werden konnte. Hingegen wurde (allerdings kurzfristig) die Praxis vorangetrieben: ausgehend von der Notwendigkeit, alle Mitglieder in die Arbeit zu integrieren, wurden Arbeitsgruppen gebildet. Die Tatsache, dass sich einige Genossen (Kader) regelmässig trafen, rief bei etlichen Gruppenmitgliedern Empörung hervor (Widerspruch zu der bis dahin herrschenden "Gruppeneinheitsideologie") und dieses "elitäre Gebaren" wurde heftig kritisiert. Diese Kritik war berechtigt, weil die Kadersitzungen nicht eine politische Linie erarbeiteten, die in der Praxis von autonomen Basisgruppen zu erproben wäre, sondern verbindliche Entscheide über die Arbeit der Basisgruppen fällten. Als

Reaktion auf diesen Fehler wurden anfangs Winter 1972 "Arbeitsgruppensitzungen" institutionalisiert, zu denen jede Arbeitsgruppe 1 - 2 Leute delegiert.

Aehnlich wie das Forum mit dem Delegiertenrat und die RSB mit dem Koordinationsrat wurde damit der Schinagu mit den Arbeitsgruppensitzungen ein Dachverband von Basisgruppen.

f) Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe Gastgewerbe sollte die Arbeit, deren erster Ansatz das Gastgewerbebulletin gewesen war, weiterführen. Es bestand keine Klarheit über die Kampfziele, weshalb die Kontaktnahme mit Keller- und Kochlehrlingen scheiterte. Die Gruppe löste sich Ende Jahr auf.

Die Gruppe Strassentheater sollte mit dieser neuen Form der Agitation ebenfalls die Praxis im Gastgewerbe weitertreiben. Sie scheiterte zusammen mit der Gastgewerbegruppe.

Die Gruppe Gangloff begann eine Betriebsanalyse. Als von den zwei Kontakten der eine länger erkrankte, wurden sie wieder fallengelassen.

Nach dem Vorfall mit einem Lehrling in der Hallwag wurde mit drei Lehrlingen Kontakt aufgenommen. Die Gruppe hatte verschwommene Vorstellungen von Betriebsarbeit. Die Kontakte wurden vernachlässigt (sie waren durch die Angst der Lehrlinge vor Repressionen sowieso schon erschwert). Nach einer Erweiterung der Gruppe wurde ohne Erfolg versucht, die Kontakte wieder aufzunehmen. Ende Jahr wurde die Gruppe aufgelöst.

Als Misstände im Radio-TV-Geschäft Glur aufgegriffen wurden, gelang keine Mobilisierung der Basis. Es blieb bei isoliertem Herumschlagen mit der Lehrlingskommission etc. Dasselbe gilt für die Gruppe Zollbrück, die Misstände in einer Schmiede aufgriff.

Die Haslergruppe entstand anfangs 1972 (aus einigen soliden Kontakten) auf Schinaguinitiative. Als Basisgruppe gedacht, war die Funktion von Schinagu-Leuten darin nie klar. Es bestand auch nie eine Perspektive in Bezug auf diese Arbeit (und Betriebsarbeit im allgemeinen). Erster Problemkreis der Gruppe: Ausbildung, Ausbeutung, Disziplinierung. Geplant war, zuerst eine Betriebsanalyse zu machen und erst dann mit Flugblättern etc. bestimmte Probleme aufzugreifen. Dieses Konzept wurde mit der Kantinenpreiserhöhung über Bord geworfen: man beschloss, die Kantine zu boykottieren. Die Organisation des Boykotts machte es nötig, sich häufiger zu treffen, was vielen Lehrlingen kaum möglich war. So wurde die ganze Aktion mehr und mehr nur noch von Leuten ausserhalb des Betriebes organisiert (Flugblätter etc.). Unklar war die Perspektive der Aktion, die Beziehungen der Gruppe zum Arbeiter- und Studentenkomitee, das Verhältnis Lehrlinge-Arbeiter im Betrieb, aber auch das Verhältnis von Schonagu-Leuten und Lehrlingen innerhalb der Gruppe. (Misstrauen der Lehrlinge gegenüber Leuten von aussen) Das Kampfziel (Uebernahme der Preiserhöhung durch die Direktion) wurde nicht erreicht, die Aktion versandete. Die Lehrlinge gelangten zur Auffassung, dass externe Leute in ihrer Gruppe überflüssig seien. Die Gruppe blieb autonom bestehen und führt die Arbeit weiter (Herausgabe der internen Zeitung "Wir").

Im Spätherbst 1971 wurde im Marzili das Jugendzentrum eröffnet. Schon am Eröffnungsabend entbrannte die Diskussion um die Autonomiefrage, ausgehend von den bestehenden Vorschriften (Schliessungszeiten, Eintritt, Schlafgelegenheiten etc.). Die Hydra hatte nie klare Vorstellungen über die Funktion eines Jugendzentrums und die Arbeit darin. Daher wurde die Initiative der Bunkerjugend überlassen, welche mit Forderungen wie Gratiseintritt und -schlafgelegenheiten, durchgehende Oeffnung etc. die Notwendigkeit der Autonomie propagierte. Diese "Bunker-Linie" wurde von einem ad-hoc-Komitee (mit einem Vertreter der Hydra) aufgenommen und in einem Flugblatt dargelegt, was etliche Gegenflugblätter auslöste. An einer Vollversammlung wurden die aufgestellten Forderungen abgelehnt oder in abgeschwächter Form angenommen. Nach der Versammlung bildeten sich verschiedene Gruppen:

Die Informationsgruppe: Sie sollte als Reaktion auf die tendenziöse Berichterstattung in der bürgerlichen Presse über die Autonomie-Debatte (Verunglimpfung der Bunkerjugend) und den Fall Wegmüller (Absetzung des Präsidenten) Gegeninformation bringen. Der Arbeitsbereich dieser Gruppe wurde rasch erweitert: Vietnam wurde aktuell. Die Gruppe - sie nennt sich nun Octopus - vergrösserte sich rasch (vorwiegend Mittelschüler).

Die Häusergruppe: Im Zusammenhang mit dem Problem "Notschlafstellen" beschränkte sie sich vorübergehend auf die Häusersuche. (Man wollte von der Stadt Häuser verlangen, die von Jugendlichen selbst verwaltet werden sollten.) Aufgrund von Kontakten mit Heiminsassen wandte sich die Gruppe dem Problem "Erziehungsheime" zu. Dadurch, dass einige Leute der Hydra in dieser Gruppe waren, tauchte der Gedanke auf,

die Heimgruppe sei in die Hydra zu integrieren. Die erste grössere Aktivität der Heimgruppe war die Tessenberg-Informationskampagne (zusammen mit der heutigen Heimkampagne Basel). Nach einem Teach-In im Jugendzentrum vergrösserte sich die Gruppe und bestand zeitweise aus 15-20 Leuten. Nach dieser Aktion tauchte bei einzelnen die Frage nach einer Perspektive (einer politischen Linie) auf: Soll man Randgruppenarbeit machen und mit den Heimzöglingen zusammen Reformen durchzusetzen versuchen (Randgruppenstrategie), oder soll die Situation der Heimzöglinge bloss als Thema in der Agitation verwendet werden?

Wiederum zeigt sich der Widerspruch politische Gruppe/Basisgruppe, der sich auch hier entwickelt hatte, aber nicht bemerkt wurde: man führte die Diskussion über diese Frage innerhalb der Gruppe, die Praxis wurde dadurch gelähmt, neue Leute dadurch frustriert und die Gruppe ging daran langsam zugrunde. Ende April wurde sie aufgelöst.

Nach dem Bankrott der Juso-Politik (Unterschriftensammlung) gegen die geplante Autobahn mitten durch Bümpelz-Bethlehem wurde die Autobahngruppe gebildet. Dahinter stand die Idee von Quartiergruppen: die Autobahn sollte als erste Grundlage dienen, anschliessend sollten weiter Probleme (Mieterkampf etc.) aufgegriffen werden. Dabei stellte sich einmal die Frage

nach dem Stellenwert der Quartierarbeit, nach den richtigen Kampfzielen. Sodann stellte sich die Frage nach dem Verhältnis zum Schinagu, besonders wenn man die Möglichkeit von Aktionskomitees mit der Beteiligung von weiteren Gruppen in Betracht zieht.

Die Berufsbildungsgruppe sollte eine Kampagne "Gegen die Lehrlingskommission - für eine autonome Lehrlingsorganisation" vorbereiten (basierend auf den bisherigen Erfahrungen in den sechs Fällen; Aktionsblatt, Teach-In im Jugendzentrum, weitere Versammlungen.) Hier stellen sich folgende zwei Probleme. Einmal die Organisationsfrage: wie sollen die angesprochenen Lehrlinge organisiert werden, wie ist die "autonome Lehrlingsorganisation" zu strukturieren? Sodann die Gewerkschaftsfrage (die Gewerkschaften befürworten eine Beteiligung der Lehrlinge an den Lehrlingskommissionen).

Die Leistungslohngruppe sollte eine Kampagne gegen den Leistungslohn vorbereiten. Durch den Kontakt mit den bewusstesten Leuten der betreffenden Lehrlingsgruppen wird versucht, diese Kampagne zu führen, sucht, eine einheitliche Kampagne (gleiche Kampfziele) zu führen, in den Betrieb getragen durch diese autonomen Gruppen, ausserhalb durch den Schinagu; innerhalb der gewerkschaftlichen Jugendorganisation der grafischen Industrie wird ebenfalls versucht, diese Kampagne zu führen. Dabei stellt sich wieder die Gewerkschaftsfrage: die Frage nach der politischen Linie für die Arbeit von Genossen in den gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Bei der Parole "Für ein existenzsicherndes Ausbildungshonorar" ist zu fragen, ob sie bloss propagandistischen Charakter hat oder nicht. Ein weiteres Problem ergibt die Einordnung der gegenwärtigen Einführung von Leistungslohnen in die gesamte Berufsbildungsreform. Schliesslich ist das Verhältnis zu bestehenden Betriebsgruppen zu klären, mit denen man zusammenarbeitet (Hasler-Lehrlingsgruppe).

Im Winter 1971/72 entstand aus dem Bedürfnis nach Schulung eine Schulungsgruppe, die jedoch vorerst keine Aktivität entwickelte. Im März wurde sie neu konstituiert mit dem Beginn eines Grundlagen-Schulungskurses. Ein erstes Problem ist dabei das Verhältnis der Schulung zur Praxis. Ein zweites führt wieder zur Frage nach politischen Linien; inwiefern ist Schulung Grundlage der Erarbeitung einer politischen Linie?

Das Organisationsproblem stellt sich noch in einer weiteren Form im Zusammenhang mit der Arbeit einiger Schinagu-Genossen in einer Gymer-Gruppe; Welches ist das Verhältnis des Schinagu zu solchen autonomen Gruppen?

g) Perspektiven

Die Fragen und Probleme, die sich den einzelnen Arbeitsgruppen stellen, sind nichts anderes als die Frage nach einer politischen Linie. Diese Fragen stellen sich aber immer nur einzelnen Leuten in den Arbeitsgruppen. Deshalb gehen die Arbeitsgruppen zugrunde, wenn versucht wird, eine politische Linie zusammen mit der ganzen Gruppe zu entwickeln. Auch in den Arbeitsgruppensitzungen kann die politische Linie nicht entwickelt werden, weil die darin vertretenen verschiedenen Tendenzen nicht in einer politischen Linie vereinigt werden können. Zudem wäre es falsch, die Arbeitsgruppen auf eine politische Linie verpflichtet zu wollen, d. h. ihre Autonomie zu beschneiden. Zudem stellt sich noch die Frage, ob es überhaupt möglich ist, eine politische Linie für einen Sektor (Z. B. Lehrlinge) zu entwickeln. Es bleibt also zum Schluss die Frage: Wo wird die politische Linie entwickelt?

2.2 Die Barackengruppe

A. ENTSTEHUNG

Am 1. Mai 1969 verbreitete das forum politicum zusammen mit der KPI ein Flugblatt in deutscher und italienischer Sprache. Einige italienisch sprechende Genossen verteilten es in den Baracken der italienischen und spanischen Bauarbeiter. Dieser erste Besuch in den Baracken war der konkrete Anlass zur Bildung des "Comitato per l'emigrazione" (CEM). Das CEM setzte sich zusammen aus Mitgliedern der RSB, einigen Tessinern (MGP, PSA) und einigen KPI-Genossen.

Die Gruppe einigte sich rasch auf eine gemeinsame Praxis: Eine umfassende Untersuchung der Lebensbedingungen der Saisoniers mit dem Ziel, diese skandalösen Verhältnisse an die Öffentlichkeit zu bringen und die Misstände auf legalem Weg (z. B. durch Anzeige bei der Sanitätspolizei) zu beheben. Dieser Weg wurde jedoch schon im Juni 1969 fallengelassen. Es wurde eine Plattform ausgearbeitet, in der man zu klären versuchte; wie von einer externen Gruppe her die Arbeiter organisiert und für anti-kapitalistische Forderungen mobilisiert werden könnten. Daran schloss sich der Versuch an, eine politische Linie für den Eingriff bei den Fremdarbeitern auszuarbeiten. In der Plattform sind sowohl Elemente einer grundsätzlichen Diskussion als auch praktische Vorschläge für die bevorstehende Arbeit enthalten. Ueber die politische Linie wurde trotz endloser Diskussionen nie ein greifbarer Konsens

erreicht. Nur die praktischen Vorschläge trieben die Arbeit voran. Als Agitationsmittel diente das "bollettino".

Während sich nun die Praxis mit dem "bollettino" entwickelte, versuchten einige Genossen, die politischen Diskussionen trotzdem weiterzuführen, indem sie in die RSB eintraten (Herbst 1969).

In einem Sitzungsprotokoll des CEM wird dieses Ereignis wie folgt kommentiert: "Wir haben gesehen, dass es nicht so gut vorwärts geht. Die RSB hat zwei Leuten von uns vorgeschlagen, in die RSB einzutreten... wir hatten somit die Möglichkeit, die Arbeit entschiedener voranzutreiben und mit klareren Perspektiven... Im CEM wird es also folgende Lage geben: es wird zwei Gruppen mit einer gewissen Einheitlichkeit geben, die KPI und die RSB, aber keine der beiden wird seine Linie im CEM verfolgen... Im CEM sind wir uns alle in einigen Punkten einig."

Der Versuch, die politische Diskussion innerhalb der RSB weiterzuführen, scheiterte an der Natur der RSB; die RSB war eine ebenso heterogene Gruppe wie das "Comitato". In der Diskussion über Schwarzenbach und die Rolle der Emigration im Klassenkampf, die damals im Zentrum der Diskussion über politische Linie standen, verzichtete die RSB auf eine klare Stellungnahme, um die Einheit der Gruppe nicht zu gefährden. Es war also in dem Moment keine politische Gruppe vorhanden, sodass jede Gruppe sich zu einem Zwitter aus Basisgruppe und politischer Gruppe entwickeln konnte. Auch in der Ba-

rackengruppe entwickelte sich langsam der Widerspruch, Basisgruppe und politische Gruppe zugleich zu sein, der schliesslich zum Zerfall der Gruppe führte. In der nächsten Phase lähmte er jedoch die Arbeit der Gruppe noch nicht.

B. PHASE DER MASSEN-

AGITATION

Im Herbst 1969 wurde durch das "bollettino" eine Schwarzarbeit-affäre aufgedeckt, in der Unternehmer und Gewerkschaft gemeinsam ein Dutzend Arbeiter anzeigten und zu schweren Geldstrafen verurteilten, nur weil sie an Samstagen ein wenig Schwarzarbeit geleistet hatten, um ihren Lohn aufzu runden. Die Arbeiter und die Gewerkschaftsspitze reagierten heftig auf diese Veröffentlichung. Die Arbeiter traten massenhaft aus dem SBHV aus; die Gewerkschaftsspitze stattete der Barackengruppe einen Besuch ab, wobei es zu heftigen Auseinandersetzungen kam.

Im Frühjahr 1970 wurde die Veröffentlichung des "bollettino" plötzlich eingestellt. Dazu ist zu bemerken, dass die Spannungen in der Diskussion über Schwarzenbach gerade in diesem Moment ihren Höhepunkt erreichten. Aus der Krisenstimmung, die in dieser politischen Diskussion entstand, ging eine neue, fieberhafte Agitationsphase hervor, die mit dem Eintritt des ganzen CEM in die RSB ihren Höhepunkt erreichte.

In einer raschen Folge massiver Aktionen - Murer, 1. Mai, Streik bei der Savoy, Entlassungen in Stansstad - wurden die RSB, die Basisgruppe Universität und eine beträchtliche Anzahl neuer Sympathisanten mitgerissen. In den Aktionen verschwanden die Unterschiede

zwischen den Militanten der RSB, des CEM und der Basisgruppe Universität.

Der Streik bei der Murer AG (Baugeschäft) in Genf - seit Jahren der erste autonome Streik in der Schweiz - ist der Ausgangspunkt für eine Agitation gegen die hohen Miet - zinse in den berner Baracken. In Kehrsatz sind die optimalen Bedingungen für einen Kampf vorhanden. Es gelingt, die Gewerkschaft durch die Androhung eines kollektiven Austritts unter Druck zu setzen und zu einem harten Verhandeln mit den Unternehmern zu zwingen. Schliesslich werden die Mietpreise massiv gesenkt.

Dieser Sieg war der Anlass für den Versuch, die Bewegung auf andere Baracken auszuweiten, jedoch ohne besonderen Erfolg. Interessant ist noch der Versuch, Schweizer Arbeiter in diese Bewegung einzubeziehen, im Falle eines Abbruchobjektes im Spitalacker; doch wurde der Versuch eines Mieterkampfes bald wieder fallengelassen. Die Barackengruppe wollte die Situation des Bauarbeiters in grösserer Zusammenhängen erfassen. Im Sommer 1970 wurde ein Forderungskatalog ausgearbeitet, in dem man versuchte, allgemeine Kampfziele für das Baugewerbe aufzustellen:

1. Herabsetzung des Monatszinses auf höchstens 40. - Fr. pro Person.
2. Abschaffung des Sozialfonds.
3. 100% Zuschlag für jede Art Ueberstunden.
4. Abschaffung der Steuer über Ueberstunden, Transportentschädigungen und Familienzulagen. Wenn wir heute Ueberstunden machen, dann arbeiten wir nur für den Patron und für die Steuern. Die Erhöhung des Bruttolohnes infolge der Zuschläge erhöht die Steuern dermassen, dass uns die

heutigen Zuschläge ganz oder zum grössten Teil verlorengehen.

5. Zunahme des minimalen Stundenlohnes von 1. - Fr. für die Kategorien A und B und Abschaffung der Kategorie C, im Sinne, dass alle Arbeiter der Kategorie C in die Kategorie B aufsteigen.
6. Uebersetzung aller Dokumente, die uns betreffen, auf italienisch und spanisch (Lohntüte usw.) und Verteilung des Gesamtarbeitsvertrages in italienischer und spanischer Fassung.

Darin sind die wesentlichen Forderungen der Arbeiter enthalten, auf welche die Gruppe bei ihrer Arbeit in den Baracken gestossen war.

Dieser Forderungskatalog kam jedoch zu spät, um im Herbst noch verwertet werden zu können.

Im November fand eine grosse Kundgebung für die Abschaffung des Saisonier-Statuts statt. Der Versuch der Barackengruppe, der Kundgebung eine klassenkämpferische Note zu geben mit Hilfe ihrer Kontakte in den berner Baracken, misslang.

Die Serie der Misserfolge der Barackengruppe (Forderungskatalog, Kundgebung) fallen zusammen mit dem Zerfall der RSB, zu der die Barackengruppe seit dem Frühling gehör-

te. Die RSB war nicht imstande, auf jene politischen Fragen, die auch die Barackengruppe beschäftigten, eine Antwort zu geben:

- Verhältnis zu den Gewerkschaften
- Zusammenarbeit mit der KPI (Revisionismus)
- Kampfziele
- Imperialismus (Zusammenhang zwischen dem Kampf in Italien und Spanien und dem Kampf in der Schweiz)

u. a.

C. AUFLÖSUNG

Da die RSB keine Antwort auf solche Fragen geben konnte, die für den nächsten Schritt in der Praxis entscheidend waren, beschloss die Barackengruppe, ihre bisherige Tätigkeit zu unterbrechen und erst wieder aufzunehmen, nachdem sie eine Analyse gemacht hätte und grundsätzliche Probleme gelöst hätte. Daraus entstand der Rapport der Barackengruppe. Nur ein kleiner Teil der Gruppenmitglieder war an dieser Arbeit beteiligt. Einige gingen in die Fabrikgruppen, wo sie noch praktische Arbeit leisten konnten, andere zogen sich von der Politik zurück. So war denn die Barackengruppe nach vollendetem Rapport zahlenmässig nicht mehr in der Lage, die Praxis wieder aufzunehmen und löste sich auf.

2.3 Die Fabrikgruppen

2.3.1 Meinen

Im Sommer 1970 versuchten einige Studenten, in verschiedenen Fabriken Kontakte mit Arbeitern anzuknüpfen. Als erstes Resultat dieser Kontakte entstand dann die Meinengruppe: im Betrieb bildete sich um einen kontaktierten Genossen ein Betriebskomitee, das bald darauf einen Forderungskatalog aufstellte.

Bei einer Flugblattverteilung kam es erstmals in der Arbeit der Fabrikgruppe zu einer Repression: Flugblattverteiler werden von Metzgern, die sich später als Abteilungschefs entpuppen, angegriffen. Einer wird überwältigt und in der Fabrik während 3/4 Stunden festgehalten.

Die Gruppe war nicht fähig, auf dieses Ereignis eine politische Antwort zu geben, und die Berner Bosse triumphierten in ihren Werkzeugzeitungen. Der im Betrieb beschäftigte Militant gab seine Stelle bei der Meinen auf. Die Gruppe im Betrieb war offensichtlich noch zu schwach, um auf eigenen Füßen zu stehen. Der Versuch, das Fehlen von Kadern im Betrieb durch die Meinengruppe von aussen zu ersetzen, war gescheitert.

"In Verbindung mit der Arbeit bei der Meinen wurde nach den Ferien (in der Fabrikgruppe) ein Bedürfnis nach politischer Klärung wach. Das Problem des Friedensbruchs wurde diskutiert anhand von Dokumenten aus der Murer und der Savoy. In Verbindung mit dem Streikproblem wurde das Problem der Gewerkschaften angeschnitten. Beide Themenkreise wurden auf andere Weise (dokumentierter und gründlicher)

weitergeführt, und zwar ausserhalb der Fabrikgruppe (teilweise in Verbindung mit dem Schulungskurs).

Obwohl diese politische Klärung noch nicht gänzlich stattgefunden hatte, war es wichtig, die praktische Arbeit fortzuführen. (Die Fabrikgruppe besteht nicht aus Leuten mit einer gleichen politischen Linie; eine solche innerhalb der Gruppe festzulegen, wäre vorläufig illusorisch.) Es werden die gleichen Gruppen wie vor den Ferien belassen und ihnen eine grössere Autonomie zugeschrieben. Das Plenum der Fabrikgruppe dient dem Erfahrungsaustausch.

Die Betriebsarbeit scheint selbstverständlich geworden zu sein. Unklarheiten bestehen, wie schon erwähnt, über das Problem der Gewerkschaft, des Arbeitsfriedensbruchs und der Organisation der Arbeiterklasse." (RSB, internes Bulletin Nr. 3, Rapport der Fabrikgruppe)

Nach dem Rückschlag in der Agitation wollte die Gruppe ihre Basisarbeit vorübergehend aufgeben, und in einem Bericht über die Meinen die wichtigsten politischen Fragen in einer internen Diskussion beantworten. Sie konnte sich aber nie mehr zu einer Basisarbeit im Betrieb aufrufen. Der Widerspruch, als Basisgruppe die Arbeit einer politischen Gruppe leisten zu wollen, versetzte ihr Anfang 1971 den Todesstoss.

2.3.2 Hasler

I.

Innerhalb der Fabrikgruppe wurde eine Gruppe gebildet, die Daten über die bernische Metallindustrie sammelte. Ihre Arbeit konzentrierte sich anfänglich auf die bedeutendsten Betriebe und später, ab Juli 1970 auf die Hasler AG, die grösste Unternehmung der Metallbranche in Bern. Im November 1970 wurde beschlossen, nicht länger bloss Informationen zu sammeln, sondern mit dem Eingriff im Betrieb zu beginnen.

Als die Haslergruppe - als Basisgruppe der RSB - entstand, hatte die RSB den Basisgruppen längst nichts mehr zu sagen. Die Haslergruppe trug deshalb von Anfang an den Keim des Widerspruchs zwischen politischer Gruppe und Basisgruppe in sich. Der Widerspruch wirkte sich aber erst nach einigen Monaten aus, dann nämlich, als die Fortsetzung der Tätigkeit eine grundsätzlichere politische Perspektive erforderte.

II.

Für eine erste Phase des Eingriffs im Betrieb hatte sich die Gruppe folgende Ziele gesetzt: eine intensive Kontaktnahme, um eine minimale Basis im Betrieb zu erreichen, Informationen zu sammeln und die Agitationsmöglichkeiten im Betrieb in Erfahrung zu bringen. Als Mittel dazu diente eine Serie kurzer, regelmässig erscheinender Flugblätter, die vor den Fabrikatoren verteilt wurden. Sie sollten unter den Arbeitern Diskussionen provozieren, die als Test für die Wirkung bestimmter Agitationsthemen aufgefasst wurden. Auch die Reaktion der Direktion, der Gewerkschaften und der Arbeiterkommission wollte man beobachten und auswerten. In den Flugblättern wurde anhand von Themen, die direkt auf den Betrieb Bezug nehmen und möglichst viele Hasler-Ar-

beiter interessieren, gezeigt, dass die etablierten Arbeitervertreter (Gewerkschaften und Arbeiterkommission) nichts anderes als ein Kontrollorgan der Unternehmer sind, und dass deshalb heute nur eine autonome, kämpferische Basisorganisation die Arbeiter instand setze, ihre Interessen wahrzunehmen. Das wichtigste Ziel der Flugblattaktion wurde erreicht: einige Arbeiter konnten für die Teilnahme an der Arbeit der Basisgruppe gewonnen werden.

Erst jetzt trat die Notwendigkeit einer grundsätzlicheren politischen Perspektive in den Vordergrund. Es stellten sich etwa die folgenden Fragen: Wie soll das Verhältnis zwischen der betriebsexternen Gruppe und den kontaktierten Arbeitern (Arbeitergruppe) sein, und wie das Verhältnis zwischen diesen und der Masse der Arbeiter im Betrieb? (Da sich die Tätigkeit der Gruppe immer mehr auf Redaktionsarbeiten beschränkte, an denen auch die Arbeiter teilnahmen, wurde beschlossen, die Arbeiter sollten sich separat versammeln.) Ist die Bildung einer organisierten Kadergruppe im Betrieb eine notwendige Voraussetzung für weitere Eingriffe im Betrieb? usw.

Während der Genfer Metallurgiestreiks kamen neue Erfahrungen hinzu, die verschiedene dieser Fragen in ein neues Licht stellten: sie zeigten u. a., dass in Bern für die politische Diskussion neue Organisationsformen geschaffen werden müssten. Das Aktionskomitee, das in Bern die Information und die Geldsammlung organisierte, musste auf politische Diskussionen, die während dieser Aktionen notwendig gewesen wären, verzichten, da es sonst gesprengt und in seiner Tätigkeit gelähmt worden wäre. Keine der bestehenden Gruppen konnte die notwendigen politischen Diskussionen führen. Einige erkannten in

dieser Situation die Notwendigkeit politischer Gruppen.

III.

Als die betriebsexterne Gruppe durch die Arbeitergruppe mit einer Reihe weiterer Probleme konfrontiert wurde, erkannte sie, die sich vorher als politische Gruppe verstanden hatte, immer mehr, dass sie in Wirklichkeit keine gemeinsame politische Linie hatte. Sie unternahm deshalb verschiedene Versuche, eine Diskussion über grundsätzliche politische Fragen in Gang zu bringen. Zuerst im (ersten und letzten) Basisgruppenplenum der RSB im März 1971: Sie machte dem Plenum den Vorschlag, einige Leute mit der Vorbereitung von Analysen und politischen Diskussionen zu beauftragen. Der Vorschlag wurde nicht angenommen, und die Haslergruppe musste mit diesen Problemen selbst irgendwie fertigwerden, was zur Folge hatte, dass sich in ihr der Widerspruch politische Gruppe / Basisgruppe sehr rasch verschärfte: sie trieb nun nicht nur die Basisarbeit im Betrieb voran, sondern versuchte auch, sich durch politische Diskussionen eine längerfristige politische Perspektive zu erarbeiten.

Die Anregungen für die Tätigkeit im Betrieb kamen von der Arbeitergruppe: im März 71 beschloss sie, für die bevorstehende Wahl der Arbeiterkommission die Parole "leere Wahlzettel" zu verbreiten, die einen unerwarteten Erfolg hatte. Später versuchte sie bei einer Tempoerhöhung, dem Druck der Direktion Widerstand zu leisten.

Die politische Diskussion wurde während des Sommers mit einem Schulungskurs organisiert. Unter einem Schulungskurs verstand man die Diskussion der dringlichsten politischen Fragen der Gruppe, mit dem Ziel, sich eine gemeinsame politische Linie zu erarbeiten. Als erstes Thema

wurde die Gewerkschaftsfrage gewählt. Die Diskussionen hatten aber keinen Einfluss auf die Tätigkeit der Gruppe und wurden bald nicht mehr fortgesetzt. Die politischen Diskussionen trieben die Basisarbeit nicht voran; die unvermeidliche Uneinigkeit in grundsätzlichen Fragen hatten auch eine vermehrte Uneinigkeit in konkreten praktischen Fragen zur Folge. Sie lähmten also eher die Basisarbeit.

Die Perspektivlosigkeit, das Scheitern des Schulungskurses, Uneinigkeit in der Basisarbeit und die Schwierigkeit, das Spannungsverhältnis zwischen politischer Arbeit und anderen Tätigkeiten zu lösen, bewirkten im Herbst 71 eine starke Verminderung der Zahl der Gruppenmitglieder.

IV.

Seit dem Herbst ist die Haslergruppe - nun praktisch auf die ehemalige Arbeitergruppe reduziert - mit dem Problem der Pensionskassen beschäftigt. Auf dieses Problem wurde die Gruppe zuerst durch eine Unterschriftensammlung aufmerksam, die in der Hasler von einigen Arbeitern für die Forderung "Wir wollen unser Geld zurück" gestartet wurde. Dazu kam dann die breite Mobilisierung von Arbeitern in der gleichen Sache, vor allem in Zürich und im Tessin.

Für die Haslergruppe bestehen im Moment die folgenden Probleme, die eine grundsätzliche politische Diskussion erfordern:

- Das Problem der Kampfziele im Metallsektor (v. a. gegen den Leistungslohn)
- Das Problem der Altersvorsorge (v. a. vertretbare Forderungen und Stellungnahme zur Initiative der PdA)
- Das Problem des Verhältnisses zur Gewerkschaft (v. a. in Bezug auf die Erneuerung der Arbeitsverträge in der Metallindustrie)

2.3.4 Hallwag

Die Basisgruppe grafisches Gewerbe, die im Frühling '69 im Rahmen der Fabrikgruppe gebildet wurde, begann mit der Sammlung von Informationen über Beschäftigtenzahl, Arbeitszeiten, Bilanzen usw. Von der Arbeit in dieser Branche versprach man sich u. a. Erfahrungen zu folgendem Problem: Ist politische Agitation unter relativ hochqualifizierten Arbeitern in der Schweiz heute möglich und sinnvoll?

Um die Kräfte nicht zu zersplittern, beschloss man, sich zunächst auf die Hallwag zu konzentrieren. Die Hallwag ist einer der grössten grafischen Betriebe in Bern, und es bestanden schon ein paar mehr oder weniger zufällige Kontakte.

Im Herbst '70 beschloss man, einen Bericht über die Hallwag zu machen. Den Anstoss dazu gab der Radioelektriker Report der Hydra Basel. Dieses gemeinsame Projekt sollte die Gruppe zusammenhalten. Im Gespräch mit Arbeitern wollte die Gruppe sich nicht mit einem Programm vorstellen, dem man sich anschliessen kann, sondern mit einer Arbeit, bei der man mitmachen kann. Es gelang, verschiedene Arbeiter und Lehrlinge der Hallwag am Bericht zu beteiligen. Weitere Informationen fanden wir durch eine Betriebsbesichtigung, auf dem Handelsregister, aus Geschäftsberichten usw. Ein paar Genossen gingen eine Zeit in der Hallwag arbeiten, wo sie Betrieb und Leute kennen lernten.

Der Widerspruch Politische Gruppe - Basisgruppe zeigte sich schon sehr bald im Verhältnis der ausserhalb der Hallwag stehenden Genossen zu den Kontakten im Betrieb. Es wurde jedoch weitergearbeitet, ohne dass das Problem auch nur ernsthaft diskutiert wurde.

Im Laufe der Arbeit löste sich die Gruppe von der RSB, da diese ihren Mitgliedern keine Linie gab, mit der sie die Arbeit in den Fabrikgruppen hätten vorantreiben können. Aber auch der Kontakt zu den anderen Betriebsgruppen bröckelte ab, weil es keine gemeinsame Praxis gab. Und ein systematischer Informationsaustausch kam nicht zustande: denn er hätte nicht auf der Ebene von politischen Linien unter den bewussten Genossen stattgefunden, sondern stattdessen für die Gruppe eine Belastung durch wenig ergiebige Mehrarbeit bedeutet.

Sommer 1971 erklärte die Hallwagdirektion den Arbeitern in einem Anschlag, es gebe in Bern "rote Zellen" in Betrieben und an den Gewerbeschulen, und diese würden demnächst auch vor der Hallwag Flugblätter verteilen. Als Antwort wurde von der Basisgruppe im Betrieb ein Flugblatt verteilt, das den Bericht vorstellte. Dieser wurde während eines Monats in drei Teilen verteilt. Die Direktion filmte und fotografierte die Flugblattverteiler, führte einen davon mit Gewalt in ein Büro, rief die Polizei und verteilte im Betrieb zwei längere Antworten auf den Bericht. Fotos der Verteiler wurden im Betrieb aufgehängt mit der Aufforderung, wer etwas über sie wisse, solle sich melden.

Im Herbst kam es zu einem Prozess gegen drei Flugblattverteiler, weil die Angaben über den Autor etc. angeblich ungenügend waren. Durch den Prozess stiessen weitere Genossen zur Gruppe.

Anschliessend konzentrierte man sich auf die laufenden GAV-Verhandlungen. Das geschah in Kontakt mit der RAZ, dem Kritischen Forum Winterthur und dem Genfer CLP. Diese Organisationen, die auch im

grafischen Gewerbe tätig sind, konfrontierten die Basisgruppe erneut mit dem Problem der politischen Gruppe. Man einigte sich mit ihnen darauf, die zentralen Forderungen der Vertragsverhandlungen zu unterstützen. Diese Forderungen (u. a. 40Std. Woche) waren vom linken Flügel der Typografengewerkschaft aufgestellt worden, der vor allem in der Sektion Zürich vertreten war.

In der Folge wurden zu verschiedenen Themen Flugblätter verteilt, die auf jene Forderungen Bezug nahmen. So über die Gewerkschaftliche Pensionskasse, aber auch über einen wilden Streik in Zürich: Arbeiter von Orell Füssli streikten für den 13. Monatslohn, die Gewerkschaft unterstützte sie nur lahm. Im Frühling 1972 wurde bei Orell Füssli ein Typograf entlassen, die "progressive" Gewerkschaft kam nicht über Verbalradikalismus hinaus. Ebenfalls zu einem Arbeitskampf kam es beim Journal de Genève.

Das Ergebnis der Vertragsverhandlungen war enttäuschend. In einem Flugblatt, das vor den grössten grafischen Betrieben Berns verteilt wurde, wurde das Versagen der Gewerkschaft analysiert und die Notwendigkeit autonomer Organisation begründet.

Im Kontakt mit den erwähnten auswärtigen Gruppen übernahm die Gruppe die Idee einer linken Fraktion in der Gewerkschaft. Die Fraktion sollte mit Betriebsarbeit verbunden sein und die Gewerkschaft als Agitationsforum benützen. Die Arbeit an einer solchen Fraktion wurde im Frühling 1972 begonnen. Dabei bot sich die Verbindung zu den linken Lehrlingen an, die in Bern in den Jugendorganisationen

der Typografen und Lythografen tätig sind. Zunächst sollen in einem Schulungskurs die Vorstellungen über die Gewerkschaft geklärt werden.

Das Problem der politischen Linie stellt sich in der Gewerkschaftsfrage am deutlichsten. Es wird aber auch darum aktuell, weil sich die Arbeit im grafischen Gewerbe in mehreren Bereichen (verschiedene Betriebe, Gewerkschaft, deren Jugendorganisationen) weiterentwickeln wird: ohne politische Gruppen droht die Gefahr, dass die verschiedenen Untergruppen den Zusammenhang verlieren. Bisher wurden grundsätzliche Fragen nicht ausdiskutiert, man hielt sich an ein pragmatisches Vorgehen von Fall zu Fall. Diese Art, dem Problem der politischen Linie und der politischen Gruppe auszuweichen, dürfte beim gegenwärtigen Stand der Arbeit für die Gruppe hemmend werden.

2.3.3 Gfeller

Aus der im Frühling 1970 gebildeten Gruppe "Metall- und Maschinenindustrie" entstanden im Herbst des gleichen Jahres die Haslergruppe und die Gfellergruppe.

Während sich in der Fabrik um die Aktion "Lehrling = Lehrling" allmählich eine Lehrlingsgruppe bildete, versuchte die Gfellergruppe II Kontakte zu Arbeitern anzuknüpfen. Zuerst verteilte sie ein Flugblatt, in dem sie sich vorstellte, dann einen ausführlichen Fragebogen, um die Probleme im Betrieb genauer kennzulernen. (Sommer 1971) Diese Aktionen hatten aber nur wenig Erfolg. Während dieser schwierigen Anfangszeit, in der kaum ein Fortschritt sichtbar war, resignierte ein grosser Teil der Gruppenmitglieder.

Fortschritte waren nur in der Aktion "Lehrling = Lehrling" zu verzeichnen. (Die Werkstattelehrlinge forderten den Monatslohn, den die Zeichnerlehrlinge schon hatten.) Nachdem die Direktion die Forderung zuerst aus formalen Gründen zurückgewiesen hatte, fand sie sich schliesslich doch bereit, sie zu erfüllen. Inzwischen hatte sie noch rasch eine Lehrlingsvertretung ins Leben gerufen und den Lehrlingen klargemacht, dass nur auf diesem "legalen" Weg etwas zu erreichen sei. Die geschickte Isolierungstaktik der Direktion brachte es zustande, der Lehrlingsbewegung, die anfangs Herbst noch sehr stark und geschlossen war, das Rückgrat zu brechen. Während sie gegenüber "braven" Forderungen den Grosszügigen spielte, reagierte sie auf die geringste harte Formulierung unnachgiebig.

einer Unterschriftensammlung die Unterstützung der Arbeiter sichern und der Klassenspaltung entgegenwirken.) Auf 1. Januar 72 wurde der Monatslohn für die Werkstattelehrlinge eingeführt.

Ende Februar wurde einer der aktivsten Gfeller-Lehrlinge aus politischen Gründen fristlos entlassen. Die Lehrlingsvertretung stand, von der Direktion gebührend eingeschüchtert, machtlos da. Ausserhalb des Betriebes gelang es trotzdem, verschiedene Basisgruppen in einem Aktionskomitee für die Wiedereinstellung des entlassenen Lehrlings zusammenzufassen. Zum ersten Mal seit zwei Jahren ging die Berner Linke wieder einmal gemeinsam vor. Der Erfolg blieb nicht aus: der Lehrling erhielt eine neue Lehrstelle. Das Aktionskomitee löste sich auf, nachdem es dieses Ziel erreicht hatte.

Obwohl in der ersten Phase Kampf, Organisation und Klassenbewusstsein ausserordentlich gut zusammenspielen, gerät die Lehrlingsbewegung in Schwierigkeiten, sobald die Gfeller AG Gegenmassnahmen ergreift. Der Versuch, in der Gruppe eine Diskussion darüber zu führen scheidet.

Es ist heute schwer möglich, die Arbeit dieser Basisgruppe weiterzuführen, ohne dass gewisse politische Probleme gelöst werden. Das scheint aber in der Gruppe unmöglich zu sein.

2.4 Bemerkung zu antiimperialistischen Gruppen

Eine ganze Reihe bestehender Basisgruppen wird in diesem Papier nicht untersucht. Dazu gehören die Gruppen, die sich mit dem Imperialismusproblem befassen. Kader der RSB waren in der schweizerischen Vietnamhilfe aktiv, ebenso im Palästina-Komitee und in der Vereinigung Schweiz-Kuba. Ihre Arbeit war jedoch losgelöst von der RSB und ging auch nach dem Ende der RSB praktisch unverändert weiter: in der RSB wurde zum Imperialismusproblem keine politische Linie entwickelt. Deshalb gab es auch keine Vermittlung mit der übrigen Praxis, obwohl z. B. der Zusammenhang Imperialismus-Emigration bei der Barackengruppe gegeben war. Diese Isolierung der antiimperialistischen Arbeit ging - zusammen mit einer aktionsfeindlichen Einstellung - soweit, dass die RSB bei Massenaktionen praktisch keine Rolle spielte: das gilt für die Demonstrationen wegen Griechenland, Kambodscha, Westmoreland und Burgos.

Diese Bemerkungen treffen bis zu einem gewissen Grad auch für die Gruppe Dritte Welt zu. Die Situation änderte sich 1972 mit der Entstehung der Gruppe Octopus, die im Frühling im Jugendzentrum eine Massenversammlung über Vietnam durchführte und sehr bald in den verschiedensten Bereichen tätig wurde.

2.5 Universität

A. Basisgruppe Universität des f. p. BGU

1. Gründungs- und Aufbauphase

Anfangs Wintersemester 1969 erfolgte die Neuorganisation der linken Studenten in der BGU ohne weitreichende Vorstellungen organisatorischer Art. Die Gründungsphase war bestimmt durch den Versuch ein Programm zu erarbeiten (elf Thesen zur Studentenpolitik, Bemerkungen zu einem Programm der Basisgruppe Universität). Während in den elf Thesen noch weitgehend anti-autoritäre Strategievorstellungen vorherrschten, (... "unsere Bemühungen sind darauf auszurichten, die Universität im Sinne von Demokratie zu verändern." ... These 8) gelang es den Genossen, die sich in Ansätzen eine politische Oekonomie des Ausbildungssektors erarbeitet hatten nicht, davon ausgehend in der BGU die Diskussion über eine sozialistische Linie in Gang zu setzen.

Das Fehlen einer politischen Linie wirkte sich schon bald in der Politik der BGU gegenüber dem Studentenrat (offizielles Studentenparlament) aus. Nachdem bereits bei der Gründung der BGU einige Genossen im Studentenrat saßen (das f. p. hatte sich 68 und 69 an den Wahlen beteiligt), beschloss man, nach einem misslungenen Versuch den Vorstand der Studentenschaft abzusetzen, sich nicht mehr am Studentenrat zu beteiligen. Man hatte zwar in den elf Gründungsthesen einige Probleme dieser Institution aufgegriffen, war aber nicht in der Lage, strategische Vorstellungen für eine minoritäre Beteiligung der BGU zu entwickeln.

Damit verbunden war der Entschluss, den politischen Eingriff in der Uni auf den Arbeitsplatz des Studenten (Institute, Lehrveranstaltungen etc.) zu verlagern, was durch die Gründung von Basisgruppen in den verschiedenen Fachbereichen und durch die Beteiligung an den offiziellen Gremien auf Fakultäts- und Fachschaftsebene hätte realisiert werden müssen. Man stellte aber bald fest, dass einerseits zu wenig Kader vorhanden waren und dass andererseits die vorhandenen Kader zwar einige Erfahrung in agitatorischer und propagandistischer Arbeit auf gesamtuniversitärer Ebene besaßen, für die konkrete Basisarbeit aber schlecht vorbereitet waren. (Grosse Bewusstseinsdifferenz zw. Kadern und Masse, Jargon, Aussteigen von Genossen aus dem Lehrbetrieb etc.) Man begann deshalb einen Schulungskurs, der im wesentlichen das Ziel hatte, "die Basis der Basisgruppe selbst zu stärken, so dass eine kontinuierliche Arbeit gewährleistet ist, und darüber hinaus den Begriff studentischer Politik konkret zu füllen durch Schaffung von Arbeitskreisen." (forum info Febr. 1970). Dieser Schulungskurs hätte also gleichzeitig eine kontinuierliche Arbeit an einer Linie, einen Schulungseffekt und den direkten Eingriff in Basisgruppen zeitigen sollen. Die Gründung von Basisgruppen bei den Naturwissenschaftlern, ein besonderes Ziel dieses Schulungskurses, wurde nicht erreicht, während in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studentenschaft sowie an der philosophisch-historischen Fakultät sich einige Gruppen bildeten, die sofort ein Eigenleben unabhängig von der BGU entfalteten. Der Schulungskurs selber ging nach einigen Sitzungen an seinen widersprüchlichen Funktionen ein.

Daneben organisierten in dieser Zeit einige Genossen der BGU die Agitation gegen das Zivilverteidigungsbuch (Paper, Teach-in). Diese Aktion, die zwar weite Kreise der Studentenschaft ansprach, führte weder theoretisch noch personell zu einer Stärkung der BGU. Die für eine Organisation der interessierten Studenten notwendigen Basisgruppen fehlten.

Die Versuche in der Aufbauphase, ein System von Basisgruppen in den einzelnen Fachbereichen aufzubauen, und der BGU als "Dachverband" die Funktion des Trägers einer integrierenden Aufklärungs- und Aktionsstrategie auf gesamtuniversitärer Ebene zu geben, scheiterten, weil für einen Aktionismus die Forderungen fehlten, und im Fachbereich der Eingriff mangels geeigneter Kader nur vereinzelt möglich war. So war die BGU bereits in ihrer Aufbauphase ein Zwitter; halb politische Gruppe (Programmarbeit, Schulungskurs), halb Massenorganisation (Zivilverteidigungsaktion).

2. Sommersemester 1970

Die Aktivität setzte im Sommersemester nur zögernd ein; die Erfahrungen des Winters waren weder verarbeitet noch diskutiert. Die BGU bereits faktisch keine Funktion mehr.

Das Geschehen an der Uni war im Sommer, neben dem ersten Mai (Abendveranstaltung an der Uni) und einer durch das f. p. organisierten (und erfolglosen) Imperialismuswoche, geprägt durch die Aktionen um Stabio und durch die Besetzung des soziologischen Institutes (siehe Kap.: WSS).

Stabio (20. Mai - 18. Juni)

Die Auseinandersetzung begann mit einer durch den Rektor verbotenen Geldsammlung für die streikenden Arbeiter der Savoy in Stabio TI. Einige Genossen begannen daraufhin mit einer Kampagne, in der versucht wurde, den

Zusammenhang zwischen den Arbeitskämpfen und der inneruniversitären Repression herzustellen. Das Rektorat trat mit einem Disziplinarverfahren gegen die Geldsammler die Offensive an, die agitatorisch ausgenutzt werden konnte und zu einer massiven Solidarisierung zahlreicher Studenten führte. Dabei verlagerte sich die Agitation allerdings auf eine pragmatische "Anti-Repressions"-Linie (Kampf gegen das Disziplinarreglement). Die Aktion war insofern erfolgreich, als das Rektorat daran gehindert werden konnte, einzelne Studenten disziplinarisch zu bestrafen. (Unterschriftensammlung, Go-in). Der Kampf wurde geführt durch ein Ad-hoc Komitee, welches neben BGU-Mitgliedern Leute verschiedenster politischer Herkunft umfasste. Dieses Aktionskomitee hatte seine Aufgabe nur in der unmittelbaren Aktion und löste sich entsprechend sofort nach Beendigung der Auseinandersetzung auf. Die politische Interpretation der Ereignisse wäre Aufgabe einer politischen Gruppe gewesen, eine Aufgabe, der die BGU nicht gewachsen war.

Noch im gleichen Semester führte die Besetzung des soziologischen Institutes zu einer Diskussion zwischen BGU- und RSB-Genossen über das legendäre "Krahl-Papier" (einem Versuch, die Erfahrungen der Studentenbewegung mit traditionellen Strategievorstellungen (leninscher Art) zu vermitteln). Diese Kontroverse führte zwar bei einigen Studenten zur entgeltigen Liquidierung des antiautoritären Bewusstseins, liess aber eine grosse Leere zurück, da von den Krahl-Gegnern (vor allem von RSB-Genossen, vergl. Papier von R. H.) die Theorie von der "Wissenschaft als Produktivkraft" nicht nur ihrer partiellen Mängel wegen, sondern pauschal verworfen wurde. Damit war der Weg zu einer politischen Oekonomie des Ausbildungssektor einmal mehr verbaut.

3. Schlussphase (Ende SS 70 bis SS 71)

In der BGU ereigneten sich nach den Erfahrungen von Stabio längere Diskussionen über eine politische Linie an der Hochschule. Aber auch ihr gelang es nicht, die ökonomische Basis des Ausbildungssektors konkret in die Diskussion einzubeziehen. Entweder argumentierte man abstrakt (Marx, Krahl) oder stützte sich auf Analysen der objektiven Bedingungen des Kampfes im Produktionssektor (Potere operaio etc.). Für den Ausbildungssektor bestand nach wie vor keine politische Theorie. Dies löste ein Schulungsbedürfnis aus, das während des ganzen Studienjahres 1970/71 mit "Kapital"-Lektüre bis zum Ueberdruss befriedigt wurde. Wie nicht anders zu erwarten, gelang es nicht, aus dem "Kapital" Schlüsse für eine politische Linie an der Uni zu ziehen. Das Interesse erlahmte, bis die Basisgruppe im Sommer 1971 endlich starb.

B. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studentenschaft WSS

An der WSS übernahmen im Frühling 1969 Genossen den Vorstand, noch bevor an der Uni eine Neuorganisation der Linken erfolgt war. Dieser Vorstand wurde in der Folge für einige Zeit zum Aktionszentrum für die ganze Uni. Mit gezielter Massenaufklärung gelang es ihm, erstmals für die Berner Linke, sein Vorgehen auf eine Mehrheit in den Versammlungen abzustützen. Die für Bern spektakuläre Besetzung des Dekanates der Fakultät bildete im Sommer 1969 den Höhepunkt der Aktivitäten dieses Vorstandes. In dieser Zeit stellte der Vorstand eine reine Basisgruppe (Aktionskomitee) dar. Politische Linien waren höchstens in den Köpfen der daran beteiligten Genossen vorhanden, eine Auseinandersetzung darüber fand aber

nicht statt. Erst bei seinem Rücktritt versuchte der Vorstand sich in einem Rechenschaftsbericht (WSS - Sozialistische Politik) einiger theoretischen und strategischen Fragen anzunehmen, ohne dass dies allerdings für die darauf folgende Phase weitergehende Auswirkungen gehabt hätte.

In die gleiche Zeit fällt die Gründung der ersten "Projekt"- und Basisgruppen, die bis heute an der WSS ein unkonstantes Eigenleben führen. (PG Institutsreport, PG Betriebswirtschaftslehre, Verteilungsseminar, Wissenschaftstheoriegruppen etc.) Aus diesen Gruppen entstanden sowohl Ansätze zu einer Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften wie auch konkrete Ausgangspunkte für eine Politik an der WSS, die aber mangels einer geeigneten politischen Linie nie weitergeführt werden konnten.

Der Ende WS 69/70 gewählte neue Vorstand setzte sich wiederum aus Genossen zusammen. Als man merkte, dass diese nicht mehr in der Lage waren, die voluntaristische Aktionsstrategie des alten Vorstandes weiterzuführen, beschloss man, als "Rote Zelle WSS" eine Gruppe zu konstituieren, welche strategische Vorstellungen für eine Studentenpolitik hätte erarbeiten sollen. Tatsächlich wurde in einem "Technokratie-Papier" gewisse Perspektiven auf theoretischem Gebiet erarbeitet, die nun für eine Strategiediskussion hätten dienen können. Anstatt diese Arbeit weiterzutreiben, organisierte die Rote Zelle die Besetzung des soziologischen Institutes und löste sich nachher auf.

Im WS 70/71 führte eine vom Vorstand betriebene Eskalationstaktik gegen ein neues Prüfungsreglement zu einer massiven Reaktion der rechten Studenten, die schon vorher sporadisch aufgetreten waren, es diesmal allerdings schafften, den Vorstand abzusetzen, worauf man sich ent-

schloss aus allen offiziellen Gremien zurückzutreten. Bei den Soziologie-Studenten schlossen sich etwas später Genossen der RSB, der VJS/SHG und der ehemaligen Roten Zelle zu einer "linken Fraktion" zusammen, die allerdings nie zu einer Funktion fand und kurz darauf wieder einging.

Kurz darauf wurde in der SOZ-OEK ein neuer Versuch gestartet, die als Dachverband über den Projekt- und Basisgruppen gedacht war. Auch hier verlagerte sich die Praxis der Gruppe von einer Strategiediskussion zu einem perspektivenlosen Aktionismus (Sturz des reaktionären und Portierung eines neuen linken WSS-Vst). Diese Bedingungen führten auch hier zu einer schnellen Auflösung der Gruppe.

Was bis heute geblieben ist, sind die Projektgruppen, die sich momentan mit der Durchführung von Lehrveranstaltungen (Tutorien) für Untersemestrig beschäftigen.

Nach dem Zusammenbruch der BGU im Sommer 1970 dauerte es fast zwei Jahre, bis im Februar 1972 in der SSB eine neue gesamtuniversitäre Gruppe entstand. In der Zwischenzeit fanden zwar Aktionen auf Gesamtuniversitärer Ebene statt (Auseinandersetzung um die Berufung des marxistischen Philosophen Holz im WS 70/71), eine längerfristige Organisation der Linken fehlte daneben. Es entstanden in dieser Zeit aber gleichzeitig neue Basisgruppen in einzelnen Fachbereichen (BG Psychologie), die bis heute isoliert arbeiten, mehr und mehr aber ein Bedürfnis nach einer politischen und organisatorischen Perspektive anmelden.

Die SSB entstand im Zusammenhang mit den Studentenratswahlen, wo man kandidierte und fünf Vertreter in den Studentenrat schickte. Die SSB setzte sich in der Gründungsphase nur aus Mitgliedern von verschiedenen Basisgruppen zusammen. Nach den Wahlen organisierte man vorerst ein Seminar um sich einige theoretische Voraussetzungen für eine Hochschulpolitik zu erarbeiten (Studium der politischen Oekonomie des Ausbildungssektors). Im Sommersemester gelang es dann, den Vorstand der Studentenschaft mit Hilfe einer Koalition mit den Sozialdemokraten durch Mitglieder der SSB zu besetzen. Der Vorstand kann sich allerdings nicht auf eine linke Mehrheit im Studentenrat stützen, was am Anfang seiner Amtszeit zu heftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen führte (Programmdebatte, Kontroverse um die Person des Präsidenten).

Zur momentanen Aktivität der SSB selbst gehören die Herausgabe einer eigenen Zeitung, die Organisation von Veranstaltungen und vor allem die Erarbeitung von Grundlagen für eine pol. Linie im Ausbildungssektor.

3. Schlussfolgerungen

Es gibt in Bern gegenwärtig keine politische Gruppe im eigentlichen Sinne, die sich durch eine politische Linie auszeichnen würde. Hingegen besteht eine ganze Reihe von Basisgruppen, die verschiedene Projekte vorantreiben.

Diese Gruppen stossen jedoch in ihrer Arbeit auf grundsätzliche politische Probleme, die die Erarbeitung und Diskussion von politischen Linien erfordern.

- Z. B. stellt sich verschiedenen Gruppen die Frage, wie man sich zu offiziellen Institutionen wie Gewerkschaften und deren Jugendorganisationen, aber auch Studentenschaften etc. verhalten soll.
- Oder es stellt sich die Frage nach der Stellung, die z. B. Lehrlinge, Fremdarbeiter, Studenten im Klassenkampf haben. Ist es z. B. richtig, diese Kategorien getrennt zu organisieren? Wie verhält sich die Agitation im Freizeitbereich zu der in den Betrieben? Wie sind Forderungen einzuschätzen, die nur eine bestimmte Kategorie (z. B. Lehrlinge) betreffen?
- Das führt zum Problem der Kampfziele: inwiefern sind Lohnforderungen reformistisch? Welche Forderungen soll man gegenüber den Pensionskassen aufstellen? Wie ist die Forderung nach Mitbestimmung in den Schulen, wie ist sie in den Betrieben einzuschätzen? Wenn man für Forderungen kämpfen will, muss man auch fragen, wie weit man Repressionen riskieren will, wie man darauf reagiert.
- Immer wieder stellt sich das Problem des Imperialismus. Welche Rolle spielt der antiimperialistische Kampf in unserer Arbeit? Wie verhält sich der internationale Klassenkampf zu dem in den Metropolen? Und wenn wir von Internationalismus reden: wie verhalten wir uns zu Russland, wie zu China?
- Ein weiterer Bereich, der eine politische Analyse erfordert, ist der Mieterkampf. "Mieter" sind alle möglichen Gruppen. Wie verhalten sich ihre Interessen zu denen des Proletariats? Welche Kampfformen soll man in diesem Sektor anstreben?
- Solche Probleme fordern das Bedürfnis nach Schulung, das sich in den verschiedensten Gruppen zeigt. Aber die Schwierigkeiten der Schulungskurse führen zur Frage, welche Rolle Schulung eigentlich spielt. Wie verhält sie sich zur Praxis, wie zur politischen Linie? Welche Rolle spielt theoretische Arbeit?
- Es war ein bedeutender Fortschritt, als die neue Linke erkannte, wie wichtig die Revolutionierung von Privatleben, Familie, Sexualität usw. ist. Aber in welchem Verhältnis steht das Bedürfnis, die eigenen Probleme zu lösen, zur Notwendigkeit langfristiger und disziplinierter politischer Arbeit? Welche Bedeutung haben die Vorstellungen von Kommune u. ä. für die Arbeiter? Wie soll man sich zu den Hippie-Tendenzen der Jugendlichen verhalten?

Inwiefern kann und muss die revolutionäre Bewegung schon heute die befreite Situation nach der Revolution vorwegnehmen?

- Ein letzter Punkt: Wie soll man sich zu den politischen Gruppen verhalten, die Antworten auf solche Fragen geben wollten, vor allem zu denen, deren Antworten man nicht teilt?

Diese und ähnliche Probleme verlangen eine politische Diskussion. Die Vernachlässigung einer solchen Diskussion wird immer mehr zu einem Hemmschuh der Arbeit der linken Gruppen in Bern.

Es gibt jedoch einen Widerspruch zwischen der Praxis einer Basisgruppe und einer ernsthaften politischen Diskussion. Das zeigen Gruppen wie die Barackengruppe, die Heimgruppe oder die Meinen-Gruppe, deren Praxis zusammengebrochen ist, als man eine politische Linie erarbeiten wollte. Das zeigen aber auch die Gruppen wie die Lehrlings- oder die Hallwag-Gruppe, die gerade darum überlebten, weil sie Disussionen über politische Linie weitgehend vermieden: solche Diskussionen hätten manche Mitglieder nicht interessiert, viele Sympathisanten abgeschreckt und wahrscheinlich die Einheit der Gruppe wegen politischen Meinungsverschiedenheiten zerstört. Diese Schwierigkeiten treten auch heute auf, wenn politische Diskussionen versucht werden. Trotzdem sind diese offensichtlich nötig.

Die Antwort auf diese widersprüchliche Situation ist: In Bern ist gegenwärtig die Entwicklung von politischen Gruppen nötig, um die Praxis der Linken weiterzutreiben. Dabei müssen drei Fehler vermieden werden.

Der erste Fehler ist die Identität von Basisgruppe und politischer Gruppe. Die Erfahrungen in Bern und anderswo zeigen: Bei ihrer Entstehung kann eine Gruppe beides aufs mal sein. Aber wenn sie sich weiter entwickelt, wird der Widerspruch zu gross. Einerseits wird eine politische Gruppe, um sich zu entfalten, mit Leuten zusammenarbeiten, die noch keine politische Linie vertreten. Andererseits können Leute, die an irgend einem Projekt arbeiten, durchaus zu verschiedenen politischen Linien gelangen. Sodann wird eine Gruppe, die sich entwickelt, in mehreren Bereichen arbeiten, sodass sich die Praxis zersplittert. Um die gemeinsame Orientierung an der Revolution zu ermöglichen, ist eine politische Linie nötig. Aus diesen Gründen ist es auch verständlich, dass die verschiedenen Dachverbände linker Gruppen, die in Bern gegründet worden sind, gescheitert sind. Das gilt für das forum politicum, für die Linke Fraktion an der Universität, für den Koordinationsrat der RSB. Ein Dachverband ist sinnvoll als Basisorganisation, wenn die verschiedenen Gruppen durch eine gemeinsame Praxis verbunden sind, z. B. in einer umfassenden Massenbewegung. Gegenwärtig ist das nur punktuell und kurzfristig (z. B. 1972 bei der Aktion gegen die politische Entlassung bei der Gfeller), nicht auf die Dauer möglich.

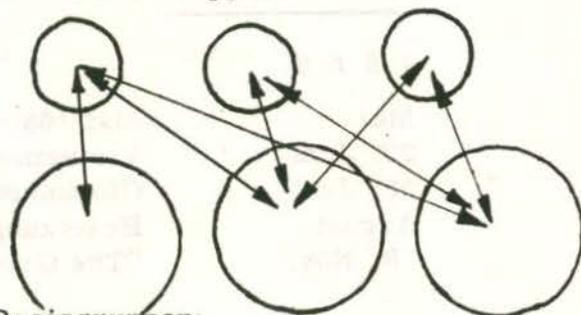
Der zweite Fehler ist der Monopolanspruch einer politischen Gruppe. Es werden zweifellos auch in Bern verschiedene politische Gruppen entstehen und das ist gut so. Denn die gegenwärtige Praxis, der Stand der Klassenkämpfe in der Schweiz erlauben es nicht, die richtige politische Linie und die organisierte Avantgarde des Proletariats zu be-

stimmen. Keine der gegenwärtigen linken Gruppen ist das Embryo dieser Avantgarde, aus dem sich die revolutionäre Partei in organischem Wachstum entwickeln wird, während die übrigen Gruppen scheitern werden oder sich der "auserwählten" anschliessen. Vielmehr wird die Avantgarde des Proletariats in der Entwicklung der Klassenkämpfe aus Umschmelzungen der gegenwärtigen Avantgarden hervorgehen, aus Umschmelzungen, die wir weder voraussehen können noch müssen. (Die RSB hätte sich z. B. als eine politische Gruppe betrachten können, deren Erfahrungen in die Entwicklung der berner Linken und ihrer Avantgarden eingehen würden. Aber dies geschah nicht durch die organische, kontinuierliche Weiterentwicklung der RSB.)

Der dritte Fehler ist die Unterwerfung der Basisgruppe unter die politische Gruppe. (Diesen Fehler beging z. B. die RSB). Ueber die Praxis der Basisgruppe hat diese selbst zu entscheiden. Die Mitglieder von politischen Gruppen sollen aufgrund ihrer politischen Linie Vorschläge machen, um die Praxis voranzutreiben. Sie werden versuchen, durch die Bewährung ihrer Vorschläge in der Praxis weitere Kader als Mitglieder der politischen Organisation zu gewinnen. Der Versuch, die Basisgruppe als Gruppe in die politische Organisation zu integrieren, schadet beiden. Natürlich gibt es Bereiche, in denen bestimmte politische Linien nicht in der gleichen Basisgruppe vertreten sein können. Aber der Irrtum, deshalb müsse sich jede Basisgruppe einer und nur einer Linie verpflichten, ist die Grundlage von fruchtlosen Fraktionskämpfen, dauernden Spaltungen und

Sektierertum. Im Prinzip sollte es möglich sein, dass in einer Basisgruppe Anhänger verschiedener politischer Linien mitarbeiten. Es ist also folgende Situation anzustreben:

Politische Gruppen:



Basisgruppen:

(Die Pfeile bedeuten Mitglieder der politischen Gruppen in den Basisgruppen.)

In den Basisgruppen haben die Mitglieder der politischen Gruppen die Aufgabe, die Praxis der Basisgruppen voranzutreiben, um dadurch ihre politische Linie zu erproben und weiterzuentwickeln. Fraktionskämpfe, in denen die Vertreter verschiedener politischer Linien die Praxis lähmen, können nur dadurch vermieden werden, dass man die Widersprüche zwischen verschiedenen Auffassungen nicht aus der Welt diskutieren will, sondern sie feststellt und durch die Praxis weiterentwickelt. Diskussionen über politische Linien in Basisgruppen sind also sinnvoll, aber sie brauchen nicht unbedingt Einigkeit zu ergeben. Die Politischen Gruppen müssen Antworten erarbeiten auf die grundsätzlichen Probleme, die sich in der Praxis der Basisgruppen stellen. Diese Antworten - die politische Linie - werden sich daran bewähren müssen, dass sie die Praxis der Basisgruppen weiterentwickeln, bis zur Revolution: Das ist der Zweck der politischen Gruppen.

CHRONOLOGIE

1 9 6 8

Mai Mai '68 in Frankreich
22. Juni

CHRONOLOGIE

1 9 6 8

Mai Mai '68 in Frankreich
22. Juni Vietnamdemonstration des forum politicum in Bern
30. Juni Globuskrawall in Zürich
August Besetzung der Tschechoslowakei
8. Nov. "The Green Berets" (Capitol)

1 9 6 9

19. April Griechenlanddemonstration in Bern

1. Mai forum politicum nimmt am 1. Maiumzug teil
31. Mai Demonstration gegen polizeiliche und militärische Unterdrückung
1. Juli Dekanatsbesetzung an der Universität
Herbst "Heisser Herbst" in Italien
Dezember Protest gegen das Zivilverteidigungsbuch an der Universität

1 9 7 0

7. April Wilder Streik bei Murer in Genf
1. Mai forum politicum und Barackengruppe nehmen am 1. Maiumzug teil
12. Mai Wilder Streik bei der Savoy in Stabio
Mai-Juni Stabio-Aktion an der Universität
Mai Imperialismuswoche wegen US-Invasion von Kambodscha
Mai-Juni Saisonniers-Aktion in Kehrsatz
7. Juni Schwarzenbach-Abstimmung
20. Juni Politische Repression in Stansstad
Juli Besetzung des soziologischen Instituts
Juli Tramdemonstrationen in Basel
13. Sept. Westmoreland-Demonstration
Nov. - Dez. Fall Holz an der Universität
29. Nov. Saisonniers-Demonstration
Dezember Burgos-Demonstration
Winter Radioelektriker-Report der Hydra-Basel

1 9 7 1

1. Jan.	Gründung der Autonomen Republik Bunker
Februar	Fall Eymann
26. Feb.	Metallarbeiterstreik in Genf
19. März	Betriebsratswahlen in der Hasler
Juni	Hit-Fair-Eingriff der Lehrlingsgruppe
Juli/August	Lehrlingscamp in Courgenay
27. Okt.	Wilder Streik bei Orell-Füssli
29. - 31. Okt.	Nationalratswahlen
Okt. - Nov.	Gfeller-Lehrlinge verlangen Monatslohn für alle
Herbst	Eröffnung des Berner Jugendzentrums
Dezember	Pensionskassen-Aktion in der Hasler

1 9 7 2

28. Jan.	Entlassung bei Orell-Füssli
7. Feb.	Kantineboykott in der Hasler
Februar	Vietnam-Teach-in im Jugendzentrum
Februar	Sozialistischer Vorstand der Studentenschaft
18. März	Proteste gegen Lehrlingsentlassung in der Gfeller
22. April	Nationale Vietnamdemonstration in Zürich
26. April	Zeitung der Hasler-Lehrlinge

